

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit den tagl. Umschlagungsbelegen (Kontrollbogen, Steuerbogen, Zinsen, Zinsen, Zinsen) für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1911 monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.00. Erhöht mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: St. Jungferstraße 14, II. Et. 3445  
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr  
Expedition: St. Jungferstraße 14. Et. 1769  
Verkaufsstelle: von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Inserate werden die halbjährigen Beiträge mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verlagsanzeigen 20 Pf. Interate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. - Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 280.

Dresden, Montag den 4. Dezember 1911.

22. Jahrg.

## Die finanzpolitische Aufgabe der Sozialdemokratie im nächsten Reichstag.

Die Bestrebungen der sozialdemokratischen Fraktion im nächsten Reichstag auf dem Gebiete der Finanzpolitik werden dahin gerichtet sein:

1. die Ausgaben des Reiches für kulturelle und sozialpolitische Zwecke im Interesse der breiten Massen zu erhöhen;
2. die Ausgaben des Reiches zu Mästungszwecken und zugunsten der Besitzenden zu verhindern;
3. die Lasten der breiten Massen an Verbrauchsabgaben (Zöllen und indirekten Steuern) mit dem Ziel ihrer schleichlichen vollständigen Beseitigung zu erleichtern;
4. die Besitzenden zur Tragung der Reichslasten stärker heranzuziehen;
5. weitere Einnahmequellen für kulturelle und sozialpolitische Zwecke ohne Schädigung der Masse der Bevölkerung zu erschließen.

Die Sozialdemokratie ist ganz damit einverstanden, daß das Reich viel Geld einnimmt und viel Geld ausgibt. Aber das Geld soll zu nützlichen Zwecken verwendet werden und es soll dort geholt werden, wo es im Ueberflusse vorhanden ist. Nützliche Zwecke sind: Erhöhung der Gehälter der unteren Beamten, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Löhne in den Reichsbetrieben, alle Aufwendungen für Kunst, Wissenschaft, Gesundheitspflege, Arbeiterchutz, Sozialversicherung, Überbauung für die geistige und körperliche Wohlfahrt der Gesamtbewölkerung.

Unnütze und schädliche Ausgaben sind die Aufwendungen zur Verdrängung des internationalen Wettbewerbs (siehe darüber den vorangehenden Artikel: Meer und Flotte), Ausfuhrprämien, Adressenbesuche. Die letzteren dienen nur zum Nutzen von Großgrundbesitzern und großen Brauereibetrieben. Das Geld zur Deckung der Ausgaben soll den Wohlhabenden und nicht den Notleidenden abgenommen werden. Nach dem Reichshaushaltsplan für 1911 nimmt das Reich aus Zöllen und Verbrauchsabgaben rund 1200 Millionen M. jährlich ein, das macht bei einer Bevölkerung von 65 Millionen 18 1/2 M. auf den Kopf oder durchschnittlich 92 1/2 M. auf eine Familie von fünf Personen. Rechnet man dazu die staatliche Einkommensteuer und 100 Proz. Gemeindegeld (in Preußen im Mittel 12 M. in der niedrigen Stufe), so ergibt das eine Gesamtlast von 104 1/2 M. bei einem Einkommen von 900 M. oder 2 M. die Woche. Ein solches Einkommen ist also mit 11 1/2 Proz. steuerlich belastet.

Die Sozialdemokratie will den Massen die 1200 Millionen Mark, die sie jährlich für Reichszwecke zu bezahlen haben, wieder zurückgeben, indem sie die indirekten Steuern beseitigt. Dies kann jedoch nicht so geschehen, daß die bestehenden Steuererlässe einfach aufgehoben werden, es muß zugleich geeignete Vorkehrungen dafür getroffen werden, daß nicht die Fabrikanten und Grundbesitzer den freigewordenen Betrag in ihre Taschen stecken, sondern daß er wirklich den Verbrauchern zugute kommt.

Von bürgerlicher Seite pflegt man die Dinge so darzustellen, als wenn der Betrag von 1200 Millionen auf andere Weise als durch Belastung der breiten Massen mit Verbrauchsabgaben nicht aufzubringen wäre. Das ist aber ein leerer Vorwand, der gebraucht wird, um die Wohlhabenden zu schonen. 500 Millionen Mark können allein schon dadurch aufgebracht werden, daß man eine Reichserbschaftsteuer nach englischem Muster einführt. Die kleinen Erbschaften können dabei gut geschont werden. In solcher Schöpfung war die Sozialdemokratie auch bereit, als im Jahre 1908 bei der Beratung der verhängnisvollen Reichsfinanzreform die Nachlasssteuer zur Beratung stand. Trotzdem stimmten Zentrum und Konservative gegen die Nachlasssteuer, weil sie, wie sie jetzt lautet, das Vortommale der Besitzenden dem Parlament des gleichen Wahlrechts nicht ausliefern wollten.

Viele Hunderte von Millionen können dann aber auch aus einer Reichseinkommen- und einer Reichs-bermögungssteuer aufgebracht werden. Es ist eine große Idee der Arbeiterpartei, wenn die bürgerlichen Parteien behaupten, die Steuerkraft der Besitzenden werde durch die Steuern und Gemeindefürsorge im wesentlichen schon erschöpft. Die Einkommen und Vermögen der reichen und reichsten Leute sind in den letzten Jahrzehnten kolossal angewachsen, angewachsen nicht etwa durch die Arbeit der Kapitalbesitzer selbst, sondern durch die Tätigkeit der Massen des arbeitenden Volkes, ohne daß die Tätigkeit der Massen des arbeitenden Volkes, ohne daß die Einkommen der Reichen sich vermehren. Es ist auch eine seltsame Logik, zu sagen, einem Arbeiter, der von 600 M. Einkommen 104 1/2 M. indirekte und direkte Steuern bezahlt, dem also eigentlich nur 705 1/2 M. übrig bleiben, könne man ruhig noch einige neue Steuern aufkaden, ein Arbeiter bei aber schon „erschöpft“, wenn er von 50000 M. oder 100000 M. jährlichen Einkommens 10000 und 20000 M. Steuern zahlt, wenn ihm also noch 40000 oder 80000 M. jährlich an Einkommen bleiben.

Tatsächlich ist es auch die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle mit ihren Steuerentwürfen die mittleren und unteren Beamten belasten. Nach sozialdemokratischer Ansicht sollen die Reichseinkommensteuern bei einem Einkommen von 900 M. mit kleinen Erben

beginnen und von da an in entsprechender Progression gesteigert werden.

Unbillig ist ferner auch der Einwand, durch zu starke Besteuerung der Reichen werde die notwendige Kapitalansammlung ausgehalten. Es ist richtig, daß ein Volk nicht sein ganzes Einkommen aufessen und vertrinken darf, man muß neue Maschinen fabrizieren, Häuser bauen, Verkehrsmittel beschaffen usw. Wo aber steht geschrieben, daß diese Maschinen, Häuser und Verkehrsmittel Eigentum einzelner Personen sein müssen? Auch das Reich kann, wenn es finanziell entsprechend gestellt ist, einen Teil seines Einkommens in Arbeitsmittel und dauernde Gebrauchswerte umlegen, das „Kapital“, das dadurch entsteht, ist dann nicht mehr Privatkapital, sondern öffentliches Eigentum, es verliert, bei entsprechender Verwaltung, seinen eigentlich kapitalistischen Charakter und wird dadurch für die Allgemeinheit eine Quelle steigender Wohlfahrt.

Niemand lasse sich durch die Versprechungen der bürgerlichen Parteien täuschen, daß bei der nächsten Steuererhöhung die Besitzenden zur Tragung der Lasten herangezogen werden sollen. Wie sich schon bei der letzten Reichsfinanzreform gezeigt hat, sind diese bürgerlichen Besitztümer stets nur ein Rechenblatt für steigende Steuerbelastung der Massen durch Verbrauchsabgaben. Nur die Sozialdemokratie lehnt neue Verbrauchsabgaben unbedingt ab.

Schließlich will die Sozialdemokratie, entsprechend ihrem sozialistischen Grundcharakter, auch weitere Einnahmequellen erschließen, indem sie bestehende Privatbetriebe in das Reichseigentum überführt. Man denke an die gewaltigen Einnahmen, die Reich und Staat aus der Post, den Eisenbahnen, Dampfen, Bergwerken usw. erzielen! Würde heute jemand wünschen, daß diese Einnahmen in die Taschen privater Unternehmer fließen? Die Sozialdemokratie will die Wirtschaftsmonopole des Reiches vermehren, allerdings will sie nicht, daß diese Monopole zur Ausbeutung der Verbraucher und zur Unterdrückung der Arbeiter nach großkapitalistischem Muster mißbraucht werden. Das Reich kann Unternehmen schaffen und sich mit verhältnismäßig geringem Gewinn begnügen. Seine Einnahmen werden trotzdem riesenhaft sein, wenn keine Monopole eine entsprechende Vermehrung erfahren. Großer Umsatz, kleiner Nutzen muß die Parole sein, und die Erträge müssen, wie schon angeführt, in Form nützlicher Ausgaben an die arbeitenden Massen zurückfließen. Die Sozialdemokratie treibt Finanzpolitik im Sinne des heiligen Erbsin, der den Reichen das Feder nahm, um den Armen Schuhe daraus zu machen. Die Finanzpolitik der bürgerlichen Parteien verfährt genau umgekehrt. Sie nimmt den Armen, um Reiche zu mästen.

## Eine Schlappe der Kriegspartei.

— Wien, 3. Dezember.

Der Rücktritt des Generalstabschefes Baron Conrad von Hörsing hat die Hüllen von dem Schleiher gezogen, der die Tätigkeit der Kriegspartei verbergt. Der Thronfolger selbst ist ihr Haupt, aber der Generalstabschef war ihr begabtester und tüchtigster Agent. Er stand schon mehrmals im Mittelpunkt politischer Handlungen. Seineindeggen fiel vor einigen Monaten der Kriegminister Schönaich. Dieser war sehr eifrig in der Vermehrung der Heereskosten, die er dem Kaiserthronfolger, der am Hofe des Erzherzogs Fr. A. Ferdinand lebt, vermachte er nicht genug zu tun. 400 Millionen Kronen hatte man dort an Vermehrung der Heereskosten verlangt, er setzte bloß 200 Millionen durch, und da seine Wehrvorlagen gleichfalls nicht befriedigten, wurde er mit Schimpf davongejagt, nachdem der Thronfolger, der Oberkommandant des Heeres, erklärt hatte, er gestatte ihm keine persönliche Zusammenkunft mehr. Dem Kampf mit dem Kriegminister folgte jetzt ein Duell mit dem Minister des Auswärtigen und mit der ungarischen Regierung. Kaum hatte Italien seinen Feldzug in Tripolis eröffnet, als die Wiener Kriegspartei die Zeit genommen glaubte, aller Rücksichten sich zu entledigen. Der neue Kriegminister Aussenberg, ein Geschöpf des Thronfolgers, unternahm eine Reise nach Südtirol, die in Italien Aufsehen erregte. Da die Thronfolgerpresse überdies jede Gelegenheit, jedes Gerücht, zumal von Aktionen der italienischen Presse, benutzte, um ein wildes Kriegsgeheul auszustößen, glaubte Graf Rehrenthal, einen Dämpfer aufsetzen zu müssen und ließ die Wiener Reise Aussenbergs ins harmlose umdeuten, als sei die der besseren Wohnungsverhältnisse der Soldaten wegen geschehen. Die Thronfolgerpartei spielte die Soldaten wegen ihren Trampf aus. Geflüstelt brachten sie an die Öffentlichkeit, es handle sich um eine umfassende Aenderung der Dislokation des Heeres, wobei besonders Südtirol mit Soldaten reicher zu bedenken wäre, damit bei einem plötzlichen Ueberfall Italiens die nötigen Vorkehrungen getroffen seien, ihn erfolgreich zurückzuschlagen.

Tas schlug dem Grafen den Zapfen aus. Rehrenthal, der es schwer trug, daß die Militärattachés der Gesandtschaften selbständiger und anderer Art machten als die Gesandtschaften zu machen von ihm angewiesen waren, wollte die Sache nun beim Kaiser zum Austrag bringen. Eine

gemeinsame Audienz beider Streitenden endete mit dem Sturz des Soldaten, der aber als Armeedirektor in eine höhere, wenn auch einflusslosere Stellung vorgeführt wurde. Nächst wäre es irrig anzunehmen, sein Sturz sei Rehrenthals Triumph. Am Tage vorher hatte der Kaiser mitleidig den Thronfolger davon abgehalten, aus Trotz alle militärischen Kommandeure niederzuliegen. Doch nur wurde allförmlich der Gegenstoß geführt. Das Kriegsmministerium ließ eine offizielle Mitteilung ergehen, in der es hieß: „Die österreichisch-ungarische Armee steht in Konrad im Vorbild militärischer Tugenden und blickte vertrauensvoll zum Generalstabschef des berühmten Oberkommandanten der gesamten bewaffneten Macht auf. Wer das Verhältnis zwischen diesem und Baron Conrad kennt, wird begreifen, wie schwer Erzherzog Franz Ferdinand den Generalstabschef aus dem Amte scheiden sieht. Als gehorsamer Soldat mußte sich aber auch der Thronfolger der allerhöchsten Entscheidung fügen.“ Zugleich wurde Conrad beieinigt, daß er durchaus nicht in Ungnade beim Kaiser sei; wenn bei den bestehenden Gegensätzen er weichen mußte, so nur deshalb, weil ein Wechsel in der Person des Ministers des Auswärtigen mit Rücksicht auf die allgemeine Lage nicht am Platze sei.“

Wenn der Kriegminister solche Äußerungen über seinen Kollegen im Auswärtigen Amt hinaus gehen lassen darf, wie muß dessen Stellung erschüttert sein! Wie nahe liegt die Annahme ungarischer Regierungsbücher, daß Rehrenthal nur noch die nächsten Telegationen erleben wird. Dann wird er um die Ecke gedrückt. Erzählen doch die Thronfolgerblätter, der italienische Volschaffter habe dem deutschen am Tage des Sturzes die Mitteilung in folgenden Worten gemacht: Conrad ist auf dem Altar des Dreiecks geopfert worden. Thronfolger, der noch nichts wußte, fragte im Kriegsmministerium an, wo ihm die Festigung zuteil wurde. Daran wird der Schluß gezogen: Im Einvernehmen mit dem italienischen Volschaffter wurde Conrad beieinigt, gemässmäßig auf Wunsch Italiens — also Italien rüsten gegen uns und darf in unsere Armeeverhältnisse eingreifen. Die ganze Militärfronte, die sich unter dem Thronfolger gebildet hat, läuft nun hinter Rehrenthal als Meute her. In diesen Äußerungen scheint sich wirklich der Wahnsinnsgedanke eines Präventivkrieges festgesetzt zu haben. Wie könnte man Italien je wieder unter so günstigen Bedingungen angreifen, so lautet ihre Lehre, als jetzt, wo keine Armee durch die tripolitanische Expedition geschwächt, seine Flotte größtenteils im Schutze des tripolitanischen Transports gebunden ist, wo die Vorkämpfer durch die Furcht vor der Türkei im Banne gehalten werden. Daß sich gegen dieses triboische Spiel mit dem Kriegsgedanken die ungeheure Wehrheit des Volkes kehrt, ist ein die Kriegspartei nicht zu fördern. Der Kaiser freilich will den Frieden, aber auch er gönnt den militärischen Statgebern ein geneigtes Gehör.

Es wäre dem Grafen Rehrenthal wohl nicht einmal gelungen, einen vorläufigen Erfolg zu erringen, würde Conrad in seiner Dreistigkeit nicht so weit gegangen sein, sich auch in die innere Politik Ungarns einzumischen. Feind der Schönaichschen Wehrreform, ludte er sie jetzt so zu beieinigen, daß er sich mit dem Plane einer provisorischen Reform trug; danach sollte es einweilen bei den drei Jahren bleiben, aber das Rekrutenkontingent um 30000 Mann erhöht werden. War das erreicht, so hatte die Militärverwaltung was sie wollte; an der Verkürzung der Dienstzeit liegt ihr blutwenig. Berrat einer Volkspartei wäre es, einer solchen Lösung zuzustimmen. Allein, die ungarische Opposition war bereit, den Berrat zu begeben, verhandelte heimlich mit Conrad, um durch Beieinigung der Wehrvorlage die Regierung aus dem Felde zu drängen. Aben-Debrary geriet die Fäden, und wandte sich energisch gegen den General, der seine Hände gedeckt im parlamentarischen Spiele hatte. Er gewann einen Sieg, den ihm der Thronfolger so wenig als dem Grafen Rehrenthal verzeihen wird.

## Wahlkampf.

Die Flottenparole als Unsturzheferte.

Die bürgerlichen Parteien glauben, in der Forderung neuer Flottenrüstungen wider England eine jugträftige Wahlparole gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben. Sobald aber davon die Rede ist, daß dieser Spah auch Geld kosten wird, werden sie wieder ängstlich zurück. So hat die Nachricht einer Korrespondenz, die nächste Flottenvorlage werde 350 Millionen Mark kosten, den laienhaften Reichsböden so sehr erschreckt, daß er sofort nach der zuständigen Stelle fürzte, von wo er mit folgenden Informationen zurückkam:

Äußerliche Erwägungen, die bereits eine legendäre greifbare Gestalt angenommen hätten, liegen noch fernab davon. Was würde sie jetzt, so unmittelbar vor den Wahlen, auch kaum für besonders zurecht kommen lassen können. Deshalb ist auch die Ziffer von 350 Millionen Mark, die sich auf sechs Jahre verteilen sollen, nichts als müßige Kombination. Im Augenblick werden sogar Vermutungen laut, daß diese Ziffer als Schreckgespenst mit der ganzen Weltung zusammen aus dem Bereich der Realitäten stammt, die damit den Wehrern das Gruseln beibringen und den Massen des Volkes neue schwere Lasten an die Wand malen wollen, um sie schon aus Angst in das Lager des Unsturzes zu treiben. Das Reichsfinanzamt ist nämlich mit

berichtigten neuen Marineforderungen noch gar nicht befaßt worden, es hat also noch gar keine Veranlassung gehabt sich darüber in dem Sinne zu äußern, daß neue Einnahmequellen erschlossen werden müßten, bevor man mit derzeitigen neuen Marineforderungen hervortreten könnte. Das aber weiß jeder, daß das Reich heute noch gar nicht in der Lage wäre, im Rahmen des regulären Etats 60 Millionen Mark jährlich mehr für die Marine herzugeben, die aus erhöhten Reichseinkünften zu entnehmen wären. Was von dem kommenden Haushaltplan des Reiches bis her — wenn auch diesbezügliche noch ganz unklar — an die Öffentlichkeit drang, das sprach sogar von einer abermaligen Umlage von 30 Millionen, die notwendig sein soll, um die Balance zu schaffen. Wenn auch das letztere nicht ganz so heftig gesehen zu werden braucht, wie es der Voranschlag geleistet haben soll, so ist doch jedenfalls die Tatsache daraus zu entnehmen, daß für eine jährliche Mehrforderung von 60 Millionen Mark für neue Marinebedürfnisse im Rahmen des Etats noch kein Raum vorhanden ist.

Einige besonders strapaziöse Mitglieder leisten sich noch dazu das „heilige Versprechen“, daß falls durch eine neue Hottenvorlage neue Steuern nötig werden sollten, dieselbe sofort gemacht werden sollen.

Auf solchen Schwindel dürfen aber die Wähler wohl nicht hineinfallen, besonders nicht, wenn sie sich erinnern, wie man ihnen vor der Wahl von 1907 ebenso heilig versprochen hatte, daß neue Steuern überhaupt nicht kommen würden. Und dann kam bald die 300-Millionen Vorlage.

Ubrigens würden selbstverständlich die 60 Millionen längst nicht alle in Aussicht stehenden Mehraufgaben umfassen. Wie sieht es z. B. mit den Kosten für das neue Krongesetz?

Der Reichstagswahlleiter der westfälischen Volkspartei, der sich vom Reichstag in Westfalen löst, soll sich klar sein, daß er sich selbst zugleich eine bedeutende neue Steuerlast aufbürdet!

Die Ausführungen des Reichstages zeigen, daß diesen Herrschaften vor ihrer „nationalen Wahlparole“ recht ängstlich zu Mute wird.

### Der vergessene Mittelstand.

Nun, da der Reichstag seine letzten Sitzungen abhält, ist einer großen Anzahl Abgeordneter zu ihrem nicht geringen Schrecken ins Gedächtnis gekommen, daß sie vor fünf Jahren versprochen haben, den Mittelstand zu retten. Sie haben aber in der Zeit nicht allein keine entsprechenden Gesetze gemacht, sondern noch gar nicht einmal entsprechende Anträge gestellt. Das Antragsstellen muß daher nun noch schnell nachgeholt werden. Es werden jetzt Anträge gestellt, von denen man weiß, daß sie nicht mehr beraten werden. Aber in der Eile stellt man sie.

Der Anfang machten die Nationalliberalen, indem sie nach Ende November einen Antrag einbrachten, der einen Gesetzentwurf zur Regelung des Submissionswesens enthielt. Aber, sagen die anderen Mittelstandskretter, wenn die Nationalliberalen vorgehen, dann dürfen wir nicht zurückbleiben.

Unter Führung des Herrn Dr. Hertling rückt das Zentrum ins Feld und beantragt eine Resolution, in der eine Anzahl Mittelstandskretter eine Resolution erheben.

Die nationalliberalen und liberalen Mittelstandskretter hat den patentierten Mittelstandskretter von der wirtschaftlichen Vereinigung einen argen Schrecken eingejagt; ihnen so etwas von unaufrichtiger Wettbewerb zu riskieren! Wer sie werden zeigen, daß sie sich von niemand übertrumpfen lassen; sie setzen sich sofort auf die Hosen, schreien und reißen unter dem Namen der Abg. Hiesberg und Meid den Antrag ein, durch den sie die Konkurrenz zu übertrumpfen suchen.

Diese fortgesetzte Mittelstandskretterei ist natürlich plumpe Wahlkennzeichen. Für die Leute, die so pöliglich dem Mittelstand den brüderlichen Fuß traten wollen, den Willen gehabt, ernsthaft etwas zu tun, so wäre wahrhaftig in den letzten fünf Jahren Zeit genug gewesen. Die Reichstagsmehrheit hat doch Zeit gehabt, dem Mittelstand die Kosten der „Rahmentreform“, der Tabaksteuererhöhung, der Versuchts- und Strecksteuern auszubilden, sie hat nicht bagegen, daß der Mittelstand weiter unter der herrschenden Leuzung leidet, was er keine Rücksicht auf den Mittelstand bei ihrer ganzen politischen Tätigkeit der letzten Jahre genommen hat! Jetzt an einmal, ein paar Tage vor der Wahl, wo es für jede, auch die kleinste Reform, in diesem Reichstage zu spät ist, ha soll der Mittelstand mit Anträgen gekübelt und seine Stimmen für die Antragsteller eingelassen werden! Wenn noch einer der Unmordenden aus dem Handwerker- und Handelsstand auf diesen groben Trick hereinfällt, ist ihm nicht mehr zu helfen.

### Wahlkennzeichen.

Der Lederkönig von Worms, Herr Herr Hehl zu Hemsheim, hat nach einer Weidung der Frankfurter Zeitung eine neuerliche Kandidatur abgelehnt. Aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion war Herr Hehl bereits zwei Jahren ausgeschlossen. Er hat damals mitgeteilt, daß innerhalb der nationalliberalen Fraktion Aufschwingspolitik getrieben wird, ein Vorwurf, der nicht als unbedeutend zurückgewiesen werden konnte. Die „Wormser Erde“ hat seitdem den Nationalliberalen manche bittere Stunde bereitet.

Reichstagskandidaturen. Die Demokratische Vereinigung in Frankfurt a. M. sah den Versuch, für die Reichstagswahl keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, sondern gleich im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die Deutsche Tageszeitung bemerkt zu der Meldung: Das ist wenigstens offen und ehrlich! — Nationalliberalen und Freiwirtschaftliche Volkspartei in Elm stellen einen gemeinsamen Kandidaten auf. Die angelegliche Verkörperung des Zentrums und der Nationalliberalen Part der Rheinprovinz, Prof. Wolbenbauer, hier nicht vorhanden. — Im zweiten nachaufrähen Wahlkreise wird das Zentrum von einer eigenen Kandidatur Abstand nehmen und sich der Gruppe der Mittelstandspartei und der Beamten anschließen, die den Landtagsabgeordneten des Rheinlandes, Dr. Klüben, aufstellen. — Für den Wahlkreis München I haben die vereinigten liberalen Parteien den Oberstudienrat Dr. Herchensteiner als Reichstagskandidaten aufgestellt.

## Deutsches Reich.

### Aus dem Reichstag.

Der Reichstag beendet am Sonnabend die zweite Lesung der Angelegenheitenversicherung. Das Schauspiel blieb daselbe wie am dem vorausgegangenem Tagen. Die sozialdemokratischen Änderungsanträge wurden abgelehnt und auch mander bürgerliche Antrag teilte dasselbe Schicksal. Die Regierung, deren Vorkleid sich übrigens nicht weiter bemühte und für die nur ein paar nachgeordnete Geheimräte das große Wort führten, zeigte sich ängstlich befohl um den Geldbeutel der Arbeitgeber im allgemeinen und der Gruppenherren im besondern. Diese währende Fürsorge für die Starken ging einmal sogar der Mehrheit zu weit und so wurde denn ein Antrag Wehtens angenommen, der die eigentlich doch selbstverständliche Forderung festsetzt, daß bei den leider zugelassenen Ertragsfällen die Arbeitgeberbehörde unter allen Umständen den Beiträgen der Angestellten gleichkommen müssen. Abzuwarten bleibt freilich, ob diese Verbesserung auch in der dritten Lesung aufrecht erhalten bleiben wird. Was sonst die Genossen Kostenbaur, Samidi-Verlin, Gué, Sachs, Gummel, noch an Verbesserungen durchzuführen sich bemühten, scheiterte an der trügen und eiferigen Aneignung der Mehrheit, sich in Diskussionen über das kommissionäremäßig überhaupt nur einzulassen. Selbst ein Teil der Nationalliberalen stimmte mit den Schwarz-

blauen zusammen einen Antrag nieder: den Frauen das Wahlrecht zu den Reichstagswahlen zu geben, obwohl in diesem Falle Wasserstrom mit der Linken ging.

Am Montag sollen allerhand Reste aufgearbeitet werden.

### Ein unangenehmer Zusammenstoß.

Prof. Wolbenbauer führte in einer Rede in der im Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück gelegenen Stadt Wiedenbrück u. a. folgenden aus:

Von der Sozialdemokratie, die ich in 14-jährigen Kämpfen kennen gelernt habe, halte ich es nicht für sehr geschmackvoll, daß ihre Presse jetzt zur Bekämpfung meiner Kandidatur auf Ereignisse zurückkommt, die 14 Jahre zurückliegen und außerdem vollständig veraltet dargestellt werden. Ich komme daraus noch zurück. Die sozialdemokratische Partei hat ungewissheit über die Zukunft der Sozialdemokratie und der großen Masse gefühllos Rufe und gute Reden, die mit so gewaltigem Fleiß und solchen Verständnis einzelne Fragen studiert haben, wie ich es mit nur wenigen möchte der Redieren, die meiner politischen Auffassung näher stehen. Aber eines fehlt den Sozialdemokraten: Die geschichtliche Anschauung der Dinge. Man kann nicht einen Staat wie aus einer Spieltheater aufbauen, man kann ihn nicht theoretisch konstruieren. Eine heilsame Wirkung übt nach meiner Erfahrung die Betätigung in öffentlichen Dingen auf die Sozialdemokraten aus. Da sehen sie mit der Zeit ein, daß mit allerlei Schwereigkeiten, mit vorhandenen Verhältnissen gerechnet werden muß und schließlich machen sie dasselbe wie wir: Sie suchen auch Partei mit Wasser! (Stürmische Heiterkeit.) Welcher Unterschied zwischen sozialdemokratischer Theorie und Praxis besteht, haben uns in Frankreich die sozialistischen Minister Millerand und Briand gezeigt, die, als ihre Gefährten bei den großen Ausständen Leben und Eigentum ihrer Mitbürger bedrohten, mit energiegelassenen Maßnahmen gegen sie vorgingen.

In Bielefeld wurde mir vorgestern abend zugerufen: Sucht hausvorlage und in den sozialdemokratischen Zeitungen nennt man mich den Vater des Sucht hausgesetzes. Diese Wortwörter sind absolut und tatsächlich unrichtig! Erst Hohentiele hat bekanntlich den Entwurf hinterlassen. Ich bebaute, daß er über den Abschnitt seines Zusammenfassens mit mir, als jener Gesetzentwurf entstand, keine Aufzeichnungen gemacht hat, sonst würde vielleicht heute Klarheit darüber herrschen. Als ehemaliger Beamter halte ich mich noch immer an die Ehrenpflicht der Amtserkennung gekehrt, aber so viel kann ich sagen, daß der Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitwilligen, der Sucht hausvorlage vorschlag für den Fall, daß durch absichtliche Straftat und durch Gewalt die äußere Sicherheit von Eigentum und Personen bedroht wurde, durch die Hand des Reichstags, 10 preussischer Minister und der Vertreter von 26 deutschen Staaten im Bundesrat angenommen ist, ehe es von mir resorntmäßig vertreten wurde. Mich, der ich zulässig das Wort hatte, den „Vater der Sucht hausvorlage“ zu nennen, ist also nicht anständig. Zutreffend bin ich zu der Ansicht gekommen, daß alle Ausnahmegeretze vom Uebel sind.

Ich würde deshalb den Gesetzentwurf heute nicht mehr vertreten.

Die Parteien, die den Entschluß gefaßt haben, die Zentrumskräfte, Konfessionellen und Nationalliberalen, dürften sich über diese Ausführungen nicht sonderlich freuen haben.

### Eine Zentralorganisation des Zentrums für das ganze Reich.

Die „Germania“ veröffentlicht die aus zehn Paragraphen bestehenden Entwürfen der neugegründeten Zentrumorganisation. Die grundlegenden Paragraphen lauten:

1. Die Organisation der Deutschen Zentrumspartei für die Behandlung der Angelegenheiten des Reiches umfaßt: 1. die Wahlkreisorganisation in den Reichstagswahlkreisen; 2. die Landesorganisation in den Bundesstaaten; 3. den Reichsausschuß.
2. Ueber die Behandlung der Angelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten oder Provinzen, Gemeinden oder Gemeindeverbände, sowie über die Behaltung der hierfür bestimmten Parteioorgane entscheiden die Parteimitglieder dieser Wirkungskreise unabhängig von den Reichsorganen der Partei.
3. In jedem Reichstagswahlkreis ist, wenn irgend möglich, ein Wahlkreisorganisation der Partei zu bilden.
4. Die von den Parteimitgliedern eines Bundesstaates für die Angelegenheiten dieses Landes geschaffene Zentralorganisation der Partei bildet zugleich den Landesorganisation der Partei für die Angelegenheiten des Reiches in diesem Bundesstaat.
5. Dem Reichsausschuß der Partei steht die oberste Leitung der Partei in Angelegenheiten des Reiches, insbesondere die Festhaltung der Parteileitung und des Parteiprogramms, zu.
6. Der Vorstand des Reichsausschusses besteht aus 17 Mitgliedern. Der erste Vorsitzende der Zentralorganisation des Reichsausschusses ist zugleich erster Vorsitzender des Vorstandes des Reichsausschusses. Der Reichsausschuß wählt einen ersten und zweiten Stellvertreter des ersten Vorsitzenden sowie die übrigen Mitglieder des Vorstandes. Der Vorstand setzt einen geschäftsführenden Ausschuß ein.

### Entlassene Veteranen.

Am 11. Juni fand im Großenherzogtum Sachsen-Weimar ein allgemeiner Kornblumensaum statt. Diese Sammlung sollte für die Kriegsveteranen bestimmt sein. Von der sozialdemokratischen Partei wurde damals darauf hingewiesen, daß jedenfalls nur die dem Arbeitervereinsbünde angehörenden Veteranen der Unterstützung teilhaftig werden. Das leugnete die bürgerliche Presse damals ab. Jetzt stellt sich aber heraus, daß die Parteipresse damals recht hatte, denn der bürgerlichen Presse wird jetzt berichtet:

Der Großherzoglich Sachsen-Weimar und Militärvereinsbunde hat auf ein ihm ergangene Gelde um Unterstützung aus dem beim Kornblumensaum am 11. Juni d. J. zur Unterstützung der Kriegsveteranen gesammelten Geldern geantwortet, daß von den zur Verteilung kommenden Mitteln in erster Linie die Veteranen davon Nutzen, welche Mitglieder des Bundes und bedürftig sind, unterstützt werden. Sollten dann noch Mittel verfügbar sein, so können auch andere dem Bunde nicht angehörende bedürftige Veteranen bedacht werden. Den Unterstützungsbeträgen ist der Militärpark und auch eine obrigkeitliche Bestätigung über Bedürftigkeit und Würdigkeit beizulegen.

Die entlassenen Veteranen sind sehr ungehalten, weil vorher betont worden ist, daß alle bedürftigen Veteranen gleichmäßig, ohne Rücksicht auf ihre Mitgliedschaft beim Großherzoglich Sachsen-Weimar-Militärvereinsbunde, unterstützt werden sollten. Die Kornblumensaum dient in erster Linie zur Stärkung der Bundeskasse, die man als Lohndienst braucht zur Werbung neuer Mitglieder.

### Die medienburgische Verfassungskommission.

Die medienburg-sächsische Regierung hatte ihre Verfassungsvorlage, das berühmte Monstrum, das der Landtag durch die Abstimmung der Bürgermeister einmal zu Fall gebracht hatte, bekanntlich wiederholt. Freitag nachmittag hat die Landversammlung (die Bürgermeister) diese Vorlage durch gesonderte Standbeschlüsse abermals zur Ablehnung gebracht.

Raher wendet sich gegen die Mächte des Papstes. Das bahrische Kultusministerium hat, wie die Donau-Zeitung, das Organ des bekannten Politikers Komprobt Dr. Sichter, mitgeteilt, wegen der jüngsten päpstlichen Verurteilung, nach der die sich etwa strafbar machenden katholischen Geistlichen den Gerichten entzogen werden sollen, bereits Verhandlungen mit dem Vatikan angeknüpft. Das bahrische Kultusministerium habe die päpstlichen Ordinariate wissen lassen, das päpstliche Dokument dürfe nicht aber veröffentlicht werden, bevor die Angelegenheit fröhlich und sachlich geordnet und die Genehmigung der Regierung eingeholt worden ist. Die bayrische Regierung könne aber ihre Genehmigung zu dem motu proprio des Papstes nicht geben, da er nicht bloß in die bayrischen Landes-

rechte, sondern auch in das Reichsrecht einreißt. Erst würde man im Reichstage über diesen Eingriff in die Justizhoheit des Reiches reden müssen.

Der Termin der Auslegung der Wählerlisten zu den Reichstagswahlen im Bereich des preussischen Staats ist auf Donnerstag den 14. Dezember d. J. festgesetzt.

Kein Petroleummonopol. Die Deutsche Tageszeitung bringt die jüngsten Finanzberichte mit dem Hinweis, daß die nationale liberale Seite der konfessionellen Gewerkschaften ein Reich-Petroleum-Monopol aufgenommen worden. Die Regierung als sicheres Gelingen, sind alle maßgebenden Stellen zu der Erkenntnis gelangt, daß ein solches Monopol zurecht unbedenklich war.

Maßnahmen gegen den Wauschwindel. Die Berliner Antwortung schreibt: Die Reinigung des Baumaterialsverkehrs soll nach einem neueren Entschluß der preussischen Reformminister auch den Polizeibehörden noch mit mehr Nachdruck betrieben werden, als bisher geschehen ist. Namentlich die neugegründeten Personen, unterrichten, ob nicht etwa schon in deren früheren Wohnorten Entschwindelungen vorgefallen sind, die ein polizeiliches Eingreifen oder Tätigkeits notwendig machen.

Keine politische Nachfrist. Das Einverständnis der Arbeiter in Vortien hat es abgelehnt, den Ausschuss selbst zu wählern, jedoch soll die Bewegung nach Annahme des Wahlgesetzes nicht entlassen werden, falls daselbst die Wähler der Arbeiter unter Führung des Abg. Vonderberg in der Kammer einen Antrag eingebracht, in dem die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verlangt und dem Kolonialminister Rindler den seiner Leitung in der Kongolonie das alte Organisations- und Ausschreibungssystem wieder eingeführt werden sei. — Aus Tanager wird gemeldet: Im Südosten der Insel werden fortwährend Gewalttätigkeiten von umherziehenden Angehörigen der dort unterworfenen Stämme verübt. Ein Angriff auf den Beobachtungsposten Negha-Sambarra am Ufer der See wurde zurückgewiesen.

## Rusland.

### Verien.

#### Die russische Okkupation.

kr. Wie leicht vorzusagen war, ließ sich der Partisan durch die Demut der persischen Regierung nicht beschwichtigen. Die Abbitte, die sie leistete, genügte ihm nicht, er forderte die Rückkehr der amerikanischen Finanzagenten und die Versicherung, daß Persien seine Einmischung keine fremden Beamten anstellt. Letzt die persische Regierung diese Einladung zum Selbstmord ähnlich, als die der Telegraph meldet, oder gibt sie nach, das Endergebnis wird nicht sein. Es scheint der Moment gekommen zu sein, wo der allmächtige russische Wä den Leib Persiens mit gleichen Taten an sich ergreift, wo er nach so langer Entpaffsamkeit wieder seinen Rußland in Wohlstand führen wird. Er kann es tun, weil er in Persien die Kräfte nach den Niederlagen in der Wandlshure, nach den Revolutionen des unermesslichen Schlags zugenommen hätten. Diesen Verlust kann ihm nichts ersparen. Er rüdt gegen Teheran, weil er alter Feind, der ihm ein Jahrhundert lang den Weg verperrte, auf England jetzt ähnlich Persien ausliefert; und weil Persien selbst ein Widerstandskraft besitzt.

England liefert Persien aus und entscheidet über die Geschichte Persiens. Es tut dies, nachdem es, wie es sich aus den unteren englischen Dokumenten deutlich ergibt, im Jahre 1906 und 1907 die persischen Reformen gegen den Schach und gegen Rußland unterstüzt hat. Es tut dies, weil Persien nur ein einfacher Feind auf dem westpolitischen Schachbrett Englands war. Früher galt es, dem russischen Schachbrett Schach zu geben, und das hat die englischen Imperialisten schon sehr hoch für die persische Freiheit. Jetzt gilt es, Rußland in guter Stimmung zu erhalten, damit es nicht so sehr mit Deutschland liebäugelt, wie die persische Freiheit ist der Feind der dem russischen Schachbrett schach. Entwürfen kann sich vorher nur, wer, von Wätern über die „selbsttätige auswärtige Politik“ Englands eingeschlagen, die letzten des englischen Imperialismus befreit. Die „selbsttätige auswärtige Politik“ war eben ein solches Feindbild für die „Profitsucht“ des englischen Kapitals, wie die „Freiheit der Handelswege“ dem Appetit des Imperialismus auf dem Weltmarkt verfiel. England entließ sich über die Armeniergruel in der Türkei, als seine Politik auf die Auffstellung der Welt zu neuem Beginn, es entließ sich über die Regierung in Persien, um die Großen für die Durchführung der Kap-Kontrolle durch dieses Gebiet Belgien abzutreiben, es schätzte Persien der Welt, als der Imperialismus eine Gefahr für Indien bedeutete. Jetzt stellt es den verzweifeltesten Personen den Rat, sie sollen doch den Versaumungsproß Rußlands nicht hören.

Wir wiederholt dieser Völkerverderber auch in, so haben die bürgerlichen Völkerverderber den geringsten Recht, die Nase über ihn zu rufen. Das hat der deutsche Imperialismus in Russland im November vorigen Jahres daselbst getan, was jetzt allem Ansehen nach der englische tut. Er hat dem Imperialismus in Vordem gegeben, der englische Imperialismus in Vordem gegeben für die Freieicherung der Imperialismus werde dem deutschen Kapital in der Beglaubigung der Imperialismus keine Schwierigkeiten bereiten. Es zeigt sich also, daß auch die Geschichte des persischen Volkes für die beteiligten Imperialisten nicht als eine naive Profitfrage sind.

#### Die Bewegung der Bergewaltigen.

Teheran, 2. Dezember. Ueberall sieht man überall die Wälder, die Hauptstädten. Große Menschenmengen, namentlich Studenten, begaben sich gestern nachmittag ins Parlament, wo Volksreden gehalten wurden. Diese gipfelten darin, man solle eine Parteiregierung schaffen, die bereit sei, den Kampf gegen Rußland aufzunehmen. Die persische Jugend sei bereit, ihr Vaterland zu verteidigen. Es soll eine besondere Kommission von 40 Mann gebildet werden, welche die ersten Maßnahmen beschließen und früher ernennen soll. Man hofft nicht, daß in Petersburg gegen den Vormarsch auf Teheran protestiert wird, da in Petersburg gegen den Vormarsch auf Teheran protestiert wird. Gegen russische Waren wurde der Boykott erklärt. Selbst nach militärische Versuche man das Haus des Feindes mit dem Aufbruch der Minister. Sad es dauleh angucken. Man verliert in große Bewegung hinein, die unangenehme Folgen für die Fremden vor allem aber für die Perser selbst haben könnte.

Teheran, 2. Dezember. In der Stadt herrscht große Bewegung. Die Teheraner sind geschlossen. Pläne werden an die ausländischen Gesandtschaften angeschlossen und diese ausgeführt. Der Tod oder die Freiheit! — Volksmengen durchziehen die Stadt. Hunger, Not und Kissen haben getrieben, löhnt die Stadt. Hunger der Stragenbahn, in der ein russisches Unternehmen gefaßt wird, werden auch der russische See und Jader dopplert. Aus Nebel



# Striesen!

Dienstag den 5. Dezember, abends 9 Uhr, in **Hammers Hotel**, Augustburger Straße

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

### Der Aufmarsch der Parteien zur Reichstagswahl.

Referent: Genosse **Dr. Lensch**, Leipzig.

Öffentliche politische Versammlung.

Freie Aussprache.

Der Einberufer  
Beruhard John, Dresden, Radoshofer Straße 118.

## Cotta, Briesnitz u. Leutewitz!

Mittwoch den 6. Dezember 1911, abends 9 Uhr, in der **Constantia** in Cotta

## Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

### Die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien.

Referent: **Dr. Lensch**, Redakteur der Leipz. Volksztg.

Freie Aussprache.

Männer und Frauen! Der 12. Januar ist der Tag der Abrechnung! An diesem Tage soll das Volk sich Beteiligung schaffen für alle Wirschaften der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Ein jeder erweise deshalb in dieser wichtigen Versammlung.  
**Der Einberufer:** Beruhard John, Radoshoferstraße 14, 1.

## V. Kreis. Dresden-Altstadt.

Dienstag den 5. Dezember, abends 9 Uhr, im **Odeum**, Carusstraße

## Öffentl. Frauen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

### Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Referentin: **Frau Rühle-Halle**.

Arbeiterinnen, Hausfrauen, Mädchen! Sorgt für massenhaften Besuch dieser Versammlung.

**Die Einberuferin:** Martha Kreyßmar, Falkenstraße 2.

## Gewerkschaftskartell

Mittwoch den 6. Dezember, abends 8 1/2 Uhr

## Versammlung

im großen Saale des **Volkshauses**.

Tages-Ordnung:

1. Das Reichsvereinsgesetz in Theorie und Praxis.

2. Vereins-Angelegenheiten.

**Der Vorstand.**

## Ortskrankenkasse für Gittersee und Nachbarorte.

Montag den 11. Dezember 1911, abends 8 1/2 Uhr

## General-Versammlung

in der **Rehbock-echenke** zu Gittersee.

Tages-Ordnung:

1. Kassensbericht. 2. Wahl von 6 Vorstandsmitgliedern: 2 Arbeitgeber, 4 Arbeitnehmer. 3. Wahl von 8 Rechnungsprüfern. 4. Eventuelle Anträge. 5. Allgemeines.

**Der Vorstand.**

## Freie Turnersehaft, Potschappel u. U.

Dienstag den 5. Dezember 1911 im **Deutschen Haus**

## Wichtige Monats-Versammlung

Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden sollen, so ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen.

Es ladet hierzu ein

**Der Turnrat.**



### Gelegenheitskäufe

Uhren, Ketten, Ringe, Brillen, laufen Sie zu sportlichen Preisen beim weit und breit bekanntesten und beliebtesten Uhrmachermeister

### R. Hofstein

11 Marschallstr. a. d. 11. Reparaturen folgt gut u. billig!

**Puppenwagen**  
Klapp-Sportwagen  
Bel. a. billige Qualität  
da kein Laden.  
**Lilientasse 8. pl.**  
in der Nähe v. Postplatz u. Am See.  
Größte Auswahl Dresdens.

## Dresden-Neust.

Dienstag den 5. Dezember, abends 9 Uhr, im **Ballhaus**, Banker Straße

## Frauen- u. Volksversammlung

Tages-Ordnung:

### Die Frauen und die Reichstagswahlen.

Referentin: **Frau Linchen Baumann**, Hamburg.

Freie Aussprache.

Alle Personen, die das 18. Lebensjahr erfüllt haben, können daran teilnehmen. Da die Frauen kein Wahlrecht und überhaupt kein politisches Recht besitzen, muß durch massenhaften Besuch der Versammlung Protest erhoben werden.  
**Die Einberuferin:** Clara Krad, Reichenstraße 8.

Dresden, den 2. Dez. 1911.  
Prager Straße 54  
Am Hauptbahnhof  
Telephon 17 437.  
Wir beehren uns die Eröffnung unserer Büreaus für Wohnungs-Nachweise, Hausverwaltungen, Grundstücks-Verkehr anzuzeigen.  
Wohnweise-Gesellschaft mit b. schr. Haftung.

**Zum Weihnachtsfest**  
empfehle 2- und 4-Fach-Konkret  
brotlos, Schreibstische, Kuchentische,  
Posten Trumeaux in allen Größen  
zu wie wiederkehrenden Preisen.  
Schränke, extralicht, bekannt billig,  
Vertikales mit Schere u. Spiegel,  
Pflanz-Sofas, neuwertig billig, la-  
ziertische, Stühle sowie alle anderen  
**Möbel-Lieferung**  
Henricher Straße Nr. 32.  
Auf obige Angebote 5% Rabatt.

**Schweinsköpfe**  
Kleiner 40 St. enthält  
**Fleischerer Grosse**  
Plauenische Straße 91.

**Th. Huthmann**  
**Potschappel**  
Tharandter Straße 38  
empfehle  
die Besichtigung seiner  
Schaufenster.

**Damenfrisuren**  
In u. außer dem  
gleichmässig ausgeführt  
Straße 87, 2., a. d. Riemardstraße.

**Kleian's**  
selbsttätig. Backmehl!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Karl Amold, Dresden.  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:  
Reinhold Fichter, Dresden.  
Druck und Verlag: Raben & Komp., Dresden.

**Wo steckt Lehmann**  
aus Striesen, gen. der Hauptstraße?  
janzhofmas guisig  
hochzeitstag 1908  
1911 118 1011100000000

**Max Scheinpfug**  
Gasthaus u. Restaurant  
**Braunschweiger Hof**  
Nr. 11 Freiburger Platz Nr. 11.  
Empfehlen unsere freundschaftlichen  
Läden zu Versammlungen und  
sonstigen Veranstaltungen.  
Schöne Fremdenzimmer, Kegelbahn,  
Speisen u. Getränke gut u. preisw.,  
Familien-Küche.  
Max und Agnes Scheinpfug.

**Nur Gro-Brüdergasse 11, 2.**  
Eingang Querstraße, keine Ein-  
trittsgebühr, geringe G. u. Z.

**Kleider**  
Schuhe, Westen u. bill. Preise

Nr. 28

Im elter-  
an 19. April  
erörtert und  
and die Jug-  
pflege schon  
jet. Wenn d  
Sagungen des  
voranzuföhren.  
fürsorge elter  
untergeben s  
Pfele J.  
mit die Juge  
fordern in d  
höchsten Pfid  
heit des Vate  
Was all  
die herantw  
Stufe ist.  
Zuf. Nach  
der Deutschen  
nationalen i  
vangelischen  
ich sogar au  
ländlich, un  
nehmen, un  
den Staatsf  
organisatoric  
wer noch de  
Gelden", die  
Es ne der  
dem Ganzen  
Kugen über  
Man h  
lang so ungl  
Schwierigkeit  
stellen.  
Ge helf  
tätigkeit auf  
Woge  
insolge d  
Berufsinne  
andruet!  
haltung  
werde die  
unglim  
Woll  
kommen.  
Lernen,  
bremen  
sel (11  
mit ih  
Dobell  
Wohnung  
erschaffe  
Wohlauf  
Wohlfahrt  
Züchtiger  
ermittelt em  
Glüh  
nationalen  
Finanzie  
das selbst  
Landes  
Truppen  
die d  
nationalen  
An  
deuten Mi  
Biele der  
auf die 23  
er her Ma  
System der  
für das alle  
Woge  
kam la vor  
jedem Vor  
kurt aber:  
War  
in schaffr  
Widerwist  
den 110  
Unter  
mit der bel  
der Landes  
Kamen.  
Fayen  
aufzuerber  
ten Dienst  
Wohnung  
auf Straßen  
Vor e  
Fotomach  
sollen die  
sitten hoff  
teiligung  
Wohnung  
horm schä  
liche in  
zur Pflicht  
fürwachen  
lung der  
Für e  
schuf mach  
weil aber  
doh im  
Kunf  
Tage m  
nung o  
auw  
2.8 folgt  
doh biele  
Quersch  
leben  
moll  
Diese  
herwohl.  
in Arbeiter  
tupische  
Legung  
d. d. d. d.  
doh es in

# Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 280.

Dresden, Montag den 4. Dezember 1911.

22. Jahrgang.

## Sächliche Angelegenheiten.

### Selbe Jugendorganisationen.

II.

In einer Landesversammlung der Vertreter der Ortsauschüsse am 19. April dieses Jahres wurden die Ziele der Sächsischen Jugendorganisation und die Jugendabteilungen der deutschen Turnerschaft die Jugendpflege schon weit länger erleben als die sozialdemokratische Partei als die Ministerialverwaltung und demgemäß auch die Aussagen des Landesauschusses die Pflege wahrer Vaterlandsliebe voranzutreiben, werde natürlich ein scharfer Gegensatz zur Jugendorganisation einer Partei geschaffen, die solche Bestimmung planmäßig zu untergraben sucht.

Diese „parteiolitisch neutrale Tätigkeit“ des Landesauschusses soll die Jugend nicht nur leblich für den Wehrdienst tüchtig machen, sondern in ihr auch die „Erfahrung“ werden, die es als eine der höchsten Pflichten (!) des Mannes ansehe für die Ehre und Sicherheit des Vaterlandes auch mit Blut und Leben einzusetzen.

Was alledem kann man schon erkennen, in welchem Maße die der Jugendverbände Jugend gebracht werden soll und wohin die Ziele.

Daß sich der Landesauschuss zu diesem Zwecke der Mittelführung der deutschen Turnerschaft, der evangelischen Jünglingsvereine, des nationalen und des deutschen Handlungsbundverbandes, der evangelischen Arbeitervereine und der „Hitze“ bedient, und schließlich sogar auch die Bewegung der nationalsozialistischen Jugendverbände, und daß diese Organisationen diese Gelegenheit wahrzunehmen, um auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege in den Genuss von Staatssubventionen zu gelangen und nebenbei ihrem sonstigen organisatorischen Tun ein wenig abzugeben, macht ihre Beteiligung von vornherein verständlich. Daß aber der Landesauschuss auch die „Hitze“, die nationalen Streitkräftevereine, an seinem christlichen Sinne der Arbeitjugendverbände mit teilzunehmen aufnimmt, legt dem Ganzen die Krone auf und öffnet auch dem Unbefangenen die Augen über das Treiben dieser nationalen Jugendverbände.

Man höre nun, wie sich die Herrschaften den Jugendimpfung zu unterziehen vorstellen und dabei selbstverständlich auch die Schwierigkeiten berücksichtigen, die sich ihnen vorstellen entgegenstellen.

Es heißt da in der Begründung der „Mittelführung“ der Ausschüsse auf der Landesversammlung ausdrücklich:

„Aufgeben von den Schwierigkeiten, die Jugend zu gewinnen, infolge Unvollständigkeit, Vernachlässigung, Mangel an tüchtigen Ausführenden, Unterernährung (die man nur schlechten ansetzt), müßte man sich auf planmäßige Durchführung von unseren Unternehmungen gefaßt machen und werde die an ihnen teilnehmende Jugend sogar gegen Verunglimpfungen zu schützen haben.“ (!)

Wollte man ungeachtet dessen doch der Jugend wirklich näher kommen, so müßte die hierzu bereiten Schichten vor allem lernen, sich in die Lage der Arme des Volkes, denen unsere Fürsorge am meisten zu wünschen sei (!), mitleidlich hineinzuversetzen und zwanglos mit ihnen zu verkehren.

Obwohl sich auf das englische Beispiel berufen, und dann die Gründung von Jugendheimen, Jugendbüchern, Vortragsabenden, geführte Ausflüge nach Kitzsch, Hohenstein, Rastitz gegen Mittel und Schandliteratur angeregt. Auch die wirtschaftliche Förderung durch Beihilfen zur beruflichen Weiterbildung besonders tüchtiger wurde mit in Betracht gezogen, aber wie es scheint, nicht ernsthaft erwogen.

„Wichtigsten erwartete man aber zunächst als Hilfsmittel zur nationalen Betätigung der Jugend die Mittel des Staates durch die Finanzierung des Projektes und geht auf am Schluß ein, daß selbst mit der Errichtung von Bezirks- und Ortsauschüssen der Landesauschuss immer noch ein Offizierskorps ohne Truppen habe, und daß, mit einem Wort erst der notwendigen Ertrag der Wehrden das Menschenmaterial für die nationale Jugendfürsorge schaffen müsse.“

„Im weiteren werden die auf jener Landesversammlung angeordneten Mittelführer ausführlicher dargelegt und bei Begründung der Ziele der nationalen Jugendfürsorge“ ausdrücklich die Vorbereitung auf die Wehrpflicht betont, die der Minister Weydemeyer, Schlichter bei der Vaterlandspartei in der Zweiten sächsischen Kammer neben dem System der indirekten Steuern gewissermaßen als Vorbedingung für das allgemeine, gleiche Wahlrecht des Reiches bezeichnete.

„Abwachen von Scheitern unter judikizieller Leitung (das kann ja noch auf werden!) lehnt man jedoch (zum Schein natürlich!) jedes Vorkaufschreiben von bestimmten militärischen Übungen ab, erklärt aber:

„Man trete damit und mit der Pflege vaterländischer Gesinnung in scharfen Gegensatz zu Versuchen, bei der Jugend von vornherein Wehrübungen gegen den Dienst in unserer Heere zu erzeugen und den Staats- auf die Ausschüsse her Wehrpflicht zu untergraben.“

„Unter diesem Ausschuss jedweden parteipolitischen Charakters“ mit der behördlichen Unterstützung und der nötigen Hilfe glaubt der Landesauschuss dann bei den Stimmen sein Glück machen zu können.

„Ferner muß natürlich alles erhalten, was im bürgerlichen Lager aufrechten ist selbst die Gemeinden werden angegangen sich in den Dienst dieser nationalen Jugendfürsorge zu stellen durch Gewährung von Mitteln, Einrichtung von Kasernen, Freizeitschmühen auf Straßenbahnen Staatsbahnen, etc.“

„Der Staat verpflichtet man sich von der Beteiligung der Parteipolitiker“ der die neu-Formen als Parteipolitiker beizubehalten werden sollen, die größten Erfolge. Den Vorhin schon geschichtlichen Schwierigkeiten hofft an entgegenzuwirken durch Verweigerung die die Beteiligung bei bestimmten Jugendvereinigungen ausbedingen oder den Zutritt zu solchen von der Genehmigung des Wehrbüros abhängig machen lassen. Oder: die größeren industriellen Betriebe sollen die turnerische Ausbildung ihrer jugendlichen Arbeiter zur Pflicht machen, sie entweder selbst in die Hand nehmen oder bei bestimmten selbstverständlich „nationalen“ Turnvereinen gegen Entlohnung der Wehrbüros Gewährung von Freistellen usw. anbedingen.

Nur eine Sorge ist nicht so leicht zu bannen. Der Landesauschuss macht sich zwar diesbezüglich keine besonderen Kopfschmerzen, weil er darauf hin, daß er auf den Umstand,

daß infolge von Unterernährung oder sonstiger Gesundheitsbeschwerden die Kräfte nicht zu über das Tagewerk hinauszukommen, selbstliche chronische Anspannung ausbreiten möchten, aus dem Ergänzungsprogramm gemacht worden sei.

„Es folgt hinzu:

„Daß diese Sorge jenseitig, daß Fortschritte auf den Wehrbüros der Jugendpflege zum Teil nur mit allgemeiner Hebung der Lebenshaltung gewisser Bevölkerungsschichten möglich sein werden.“

Diese Bestellungen sind hochinteressant und außerordentlich wertvoll. Sie beweisen einmal, daß die Not und die Unterernährung in Arbeiterkreisen und speziell im Ergänzungsprogramm eine chronische und typische Erscheinung ist und bilden damit eine glänzende Widerlegung der Behauptung des Ministers Weydemeyer, daß es in Sachsen keinen Notstand, keine Teuerung und

keine Massenelend gebe, und daß die gegenwärtigen Verhältnisse nur eine vorübergehende Erscheinung seien.

Und weiter sind diese Bestellungen eine ungewollte Anerkennung des Strebens der organisierten Arbeiterschaft auf Besserung ihrer Existenzbedingungen, da das Unternehmertum freiwillig nur selten etwas gewährt, sondern nur dem Zwang weicht. Deshalb dürfte es noch lange dauern, bis der Landesauschuss für nationale Jugendpflege“ auf diese Weise etwas erreicht.

Das liegt aber auch gar nicht in seiner Absicht. Die Besserung der Lebenslage der arbeitenden Klassen wird er nach wie vor den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, als der politischen Vertretung der Arbeiterschaft, überlassen und überlassen müssen. Und deshalb wird diese nationale Jugendfürsorge sich in der Hauptsache nur küssen können: auf behördlichen Zwang, den Staatsterrorismus unter Aufsicht des organisierten Unternehmertums und der ganzen nationalen Schaffmacherel.

Der Vorstoß, der auf diesem Wehrbüros gegen die organisierte Arbeiterschaft unternommen werden soll, darf zweifellos nicht unterschätzt werden und es wird der ganzen Energie und organisatorischen Schöpferkraft unserer Arbeiterschaft bedürfen, um diesen reaktionären Streich zu parieren. Und dazu belagerten ist vor allem Aufgabe unserer Vertreter in den kommunalen Körperschaften, die alle zur Unterstützung dieser nationalen Jugendfürsorge aus allgemeinen Steuermitteln angerechnet werden. Hier heißt es: Taktlos gut!

## Dissentanten im Schulvorstand.

Der Gemeinderat zu Bösdorf bei Leipzig hatte zu Beginn dieses Jahres u. a. den Buchbinder Robert Viel in den Schulvorstand gewählt. Der Vorsitzende des Schulvorstands, Pfarrer Schöpf in Cytzra, der der Bezirks-Schulinspektion das Wahlergebnis mitteilte, bemerkte dazu, daß Viel als religionsloser Dissident, der seine Kinder nicht habe taufen lassen, völlig ungeeignet erscheine und seine Wahl deshalb unzulässig sei. Nachdem festgestellt worden war, daß Viel seit einer Reihe von Jahren in das Dissidentenregister des Amtsgerichts Leipzig eingetragen ist, erstellte die Bezirks-Schulinspektion dem Schulvorstand zu Bösdorf am 15. Februar 1911, daß Viel Wahl als unstatthaft beanstandet werde und bei dem Gemeinderat zu Bösdorf die Vornahme einer Neuwahl zu beantragen sei. Viel wandte gegen diese Verfügung Beschwerde ein und der Gemeinderat setzte die Ergänzungswahl bis zur Erzielung des Verfahrens aus. Nach Anstellung von Erörterungen entschied das Kultusministerium, daß kein Antrag vorliege, der Mitglieder der Wahlvereinigung im Schulvorstand von Ausschluß wegen entgegenzutreten“. Das genügte dem streibenden Wehrbüros nicht. Er wandte sich mit einer Anfechtungssache an das Oberverwaltungsgericht, das durch Urteil vom 19. Oktober entschied, daß die Anfechtungssache sachlich unbegründet und deshalb abzuweisen sei.

In der Begründung wird festgestellt, daß die Schulgemeinden, mit Ausnahme der Landgemeinden, ganz selten vornehmende konfessionelle Minderheitsgemeinden, meist interkonfessionell sind und daß alle Mitglieder der Schulgemeinden, ohne Rücksicht auf ihr Bekenntnis, an der Verwaltung der Schule teilnehmen können: Es heißt im Urteil wörtlich: „Wenn also Schulen verschiedener Konfession nicht bestehen, so kann jedes Mitglied der Gemeindevertretung ohne Rücksicht auf sein Bekenntnis in den Schulvorstand gewählt werden, weil alle Gemeindeglieder als Bewohner der Schulbezirks der Schulgemeinde angehören.“

Nach einer ausführlichen Schilderung über die Entstehung des gültigen Volksschulgesetzes kommt das Urteil zu dem Ergebnis, daß die Volksschulen, d. h. die sogenannten Wehrbüroschulen, nicht nur interkonfessionell sind, sondern daß auch aus den Landtagsakten hervorgeht, daß der Gesetzgeber eine konfessionelle Einschränkung auch gar nicht gewollt hat. Und dann heißt es wörtlich weiter: „Zugewendet welchen Anhalt für die Annahme, daß zwar Personen, die der Konfession der Schule nicht angehören, dann, wenn sie Mitglieder einer zugelassenen Religionsgesellschaft sind, wählbar seien, daß aber die Wahl solcher Dissidenten, die keiner Religionsgesellschaft angehören (§ 21 des Gesetzes vom 20. Juni 1870) ausgeschlossen sei, bietet das Gesetz nicht. Klammernhaft kann nicht geltend gemacht werden, daß es diese Dissidenten überhaupt nicht berücksichtigt habe; denn im § 6 ist eine besondere Vorschrift über den Religionsunterricht für die Kinder solcher Eltern getroffen.“

Wenn der Richter endlich noch hervorgehoben hat, daß die Wahl eines Dissidenten den Grundanschauungen des Volksschulgesetzes um so weniger entsprechen könne, weil dann auch der Vorsitz in die Hände der religionslosen Dissidenten gelangen und das gesamte Schulwesen der Gemeinde ihnen ausgeliefert werden könnte, so ist ihm zuzugeben, daß es allerdings nicht dem Wesen der konfessionellen Volksschule entspricht, wenn religionslose Dissidenten dem Schulvorstande angehören oder ihn gar als Vorsitzende leiten. Solchen Vorkommnissen läßt sich in dessen nach dem bestehenden Schulgesetz nicht entgegenzutreten, da das Gesetz die Schulgemeinden interkonfessionell gestaltet, auch deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß der Schulvorstand der Wehrbürosgemeinden nicht konfessionell zusammengefasst sein braucht und da der Vorsitzende des Schulvorstands von diesem aus seiner Mitte zu wählen ist.“

Trotz dieser ausführlichen Darlegungen werden die Versuche, widergesetzliche Einschränkungen vorzunehmen, kaum aufhören und die Gemeindeglieder werden noch häufig die Verpflichtung haben, gegen die Anmaßung überleitiger „Ordnungswächter“ vorzugehen.

## Klerikale Befürchtungen.

Von der Zweiten Kammer des Landtags ist am Freitag ein Antrag der Freiwirtschaftsdeputation angenommen worden, wonach die Zahl der Mitglieder des Ausschusses zur Verwaltung der Staatsschulden von 5 auf 8 erhöht werden soll. Das ist deshalb gefahren, damit nicht die eine Kammer abwechselnd einmal zwei, das andere Mal drei Mitglieder zu wählen hat. Dieser Zustand hatte zur Folge, daß einmal die Zweite und dann wieder die Erste Kammer eines der gewählten Ausschussmitglieder für zwei Jahre wieder

herauswerfen muß. Das wird vermieden, wenn jede Kammer 3 Mitglieder zu wählen hat. Voraussetzung dazu war die Erhöhung der Ausschussmitglieder auf sechs.

In der bürgerlichen Presse wird nun darüber geangemietert, daß nun ein Sozialdemokrat in den Ausschuss kommen werde, weil in der Regel immer der Präsident und der erste Vizepräsident dem Ausschusse angehört hätten. Die Herrschaften können sich beruhigen. Einen Sozialdemokraten werden sie allerdings auch in Zukunft in den Ausschuss nehmen müssen, aber das ist nichts Neues. Ein solcher gehört schon seit 1909 dem Ausschusse an. Es ist Genosse Schulze, der jedenfalls von der sozialdemokratischen Fraktion zu diesem Posten auch wieder vorgeschlagen werden wird. Der sächsische Staat steht aber trotz der sozialdemokratischen Mitwirkung im Ausschusse zur Verwaltung der Staatsschulden immer noch.

## Man vertritt sich wieder.

Der Nationalliberale Verein in Chemnitz sowie die Nationalliberale Ortsgruppe Chemnitz haben sich mit Rücksicht auf die Interessen der Nationalliberalen Partei wieder vereinigt, und zwar auf folgender Grundlage: Der „Fall Langhammer“, der den Anlaß zur Trennung gab, gilt als erledigt, es sei denn, daß der Nationalliberale Landesverein anderweit darüber beschließt.

Die Nationalliberalen haben dadurch den guten Willen bekundet, sich wieder zu versöhnen, den Fall Langhammer haben sie aber damit noch nicht erledigt.

## Die Wehr- und Krauenfeste

Am 30. November d. J. im Königreiche Sachsen in 265 Gemeinden und 642 Gemarkungen amtlich festgesetzt worden. Der Stand am 15. November war 317 Gemeinden und 808 Gemarkungen.

Chemnitz. Anlässlich der Rathausweihnung in Chemnitz hatte die Volkstimme unter anderem mitgeteilt, daß am Tage des Festmahl eine Kompanie des 104. Regiments mit scharfen Patronen ausgerüstet kriegsbereit in der Kaserne stand und die Frage wurde aufgeworfen, ob man gewillt war, die Erregung der Arbeiterschaft in einem Volksbade zu ersticken. Dieser Artikel überdrückte Bürgerfreunden und Arbeiterblut, hat nun der Militärbehörde Veranlassung gegeben, gegen den Verantwortlichen der Volkstimme, Genossen Hermann Müller, Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen. Er wurde denn auch wegen Verleumdung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

In der Urteilsbegründung wurde die Bereitstellung einer Kompanie Soldaten unter Hinweis auf die bekannten Vorgänge in Berlin für zweckmäßig erklärt. Ob die Soldaten mit scharfen Patronen ausgerüstet gewesen seien, wäre gleichgültig. Wenn es zu ernstern Differenzen gekommen wäre, hätte es keinen Zweck gehabt, mit Plazpatronen zu schießen. Die Verleumdung sei darin gefunden worden, daß in dem Artikel gesagt sei, der Militarismus laute mordbereit auf Arbeiterblut.

Chemnitz. Der Wahlkampf im 16. sächsischen Reichstagswahlkreis wurde am Sonntag mit einer glänzenden Versammlung eingeleitet. Der große Saal des Real-Gymnasiums, der an 3000 Personen faßt, war derart gefüllt, daß die Polizei absperrn mußte. Genosse Heilmann, der am Tage zuvor aus dem Gefängnis in die deutsche Freiheit zurückgekehrt war, sprach über: Die Sozialdemokratie und die bevorstehenden Reichstagswahlen. Der „Wahrscheinliche“ wurde von der Versammlung stürmisch begrüßt. In seiner Rede beschäftigte er sich mit dem sterbenden Reichstage und seinen Taten, sowie mit den bürgerlichen Parteien, die dem Volk entgegen ihrem Versprechen vor der Wahl 1907 Steuern und Lasten aufgebürdet haben und die sich nun vor der Abrechnung des Volkes bei der kommenden Wahl fürchten. Er kennzeichnete treffend die durch den Steuerraub und die Teuerung herbeigeführte Situation und gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Volk bei den kommenden Wahlen durch den Stimmentritt eine Antwort gebe, die geeignet sei, den Reichstag so zusammenzuliegen, daß die Rechte des Volkes mehr als bisher gewahrt werden und die Möglichkeit eines neuen großen Steuerabbaues beseitigt werde. Vor Heilmann hielt der Kandidat des 16. Wahlkreises, Genosse Roske, eine Ansprache an die Versammelten gerichtet, in der er auf die Verhältnisse des Kreises eingegangen war und sich mit den beiden bürgerlichen Kandidaten und deren Parteien beschäftigte hatte.

Gequert waren nicht anwesend, deshalb wurde von einem Diskussionsabgeben. Mit der Aufforderung an die Genossen, nunmehr kräftig in die Agitation einzutreten, schloß der Vorsitzende, Genosse Max Müller, die imposante Versammlung.

Leipzig. In dem Grobkauer in der Kaserne des 108. Infanterie-Regiments wird noch gemeldet: Da man als Ursache des Feuers Brandstiftung annimmt, sind sämtliche Kamererunteroffiziere, die in dem abgetragenen Raume zu tun hatten, verhaftet worden. Der Verdacht der Brandstiftung wird von der Feuerwehrdirektion deswegen gestellt, weil bei ihrem Eintreffen bereits ein offen ausgelegter Feuerherd vorgefunden wurde. Der weitere Umstand, daß in dem ganzen Gebäude keine Latentanlagen vorhanden sind und auch der Zutritt mit offenem Licht streng untersagt wurde, läßt ebenfalls daran schließen, daß die Möglichkeit einer Feuersbrunst ausgeschlossen ist. Weiter kommt hinzu, daß bereits am Abend vorher um 8 Uhr der letzte diensttätige Unteroffizier die Kamerer vorchristlichmäßig verlassen und auch ordnungsgemäß abgeschlossen hat. Die hängenden Wadmatten haben die Brandentwicklung nicht beobachtet können, weil die Fenster mit Rücksicht auf den vorjährigen großen Diebstahl durch eiserne Rolläden mit Niegeln verschlossen waren.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Sonntag vormittag erlitt ein unbekannter Ureinwohner ein Brand in der Holzschäler der Familienfabrik von Bösch u. Cie. in Vitzsch, der nicht unbeträchtlichen Schaden anrichtete. Es gelang den Feuerwehren, den Brand auf seinen Herd zu beschranken. — Auf einem Gutshof in Lugaun geriet Sonnabend das dreijährige Schindchen des Bergarbeiters Lobberger in die Dreifachmaschine und fand sofort den Tod. — Der bei der Firma Gebhardt Simon, Leipzig, in Erteilung befindliche, den Bahnhofsgebäude in Regstaun leitende Kaufmann Arthur Thomas aus Oberneufirchen wurde in seinem Schlafzimmer tot aufgefunden. Er ist einer Selbstvergiftung zum Opfer gefallen. Es liegt ein Unglücksfall vor. — Freitag letzter Woche gegen Abend wurde die sechsjährige Tochter des Kaisers Wolfgang Wittgenstein in der eitelichen Wohnung ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Die Gründe sind nicht bekannt.



# Reichstag.

am Freitag dem Sonnabend, 2. Dezember, vorm. 11 Uhr.

Zu Verhandlung: Dr. Vestrich.

Zunächst wird das Gesetz über die Ausgabe neuer Aktien in heller Fassung angenommen.

Sodann folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung der Krankenversicherungs-Entwürfe.

## Krankenversicherungs-Entwürfe.

Nach § 184 werden die Beiträge aus den Arbeitgebern von den Arbeitgebervereinigungen, die Äbrigen von den Angeestelltenvereinigungen unter den Vertrauensmännern gewählt.

## Abg. Schmidt (Soz.)

begündet einen Antrag Albrecht auf Abwahl der Vertreter in der ersten Wahl.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, dagegen ein Antrag Behrens angenommen, wonach die Wahl in schriftlicher Abstimmung erfolgen soll.

Nach § 185 sollen nur Männer wählbar sein.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will diese Einschränkung streichen. Abg. Kaymann (Sp.) beruft sich darauf, daß die Frauen schon das Wahlrecht zu den Kreis- und Apothekenmännern haben und das Wahlrecht vorliegt, ihnen das Wahlrecht zu den Krankenversicherungs-Vorständen, zumal die Zugewinnung der Frauen zur sozialpolitischen Mitarbeit außerordentlich wünschenswert sei. (Bravo! links.)

Ministerialdirektor Caspar bekämpft den Antrag. Die Krankenversicherungs-Vorstände haben auch richterliche Befugnisse und zu Richtern eignen sich die Frauen nicht.

## Abg. Wollstein (Soz.)

Wir verlangen, daß gleichen Pflichten gleiche Rechte entgegensteht. Es fehlt jeder Beweis dafür, daß die Frauen sich zur richterlichen Tätigkeit eignen. Es ist wirklich kein Grund vorhanden, die Frauen als mindernde Klasse zu behandeln, zumal bei diesem Gesetz eine große Anzahl gewerkschaftlicher Frauen in Betracht kommen. Daher bitte ich um Annahme unseres Antrags. (Bravo! links.)

Abg. Kassermann (natl.) spricht sich für die Wählbarkeit der Frauen aus und verweist darauf, daß auch die katholischen Frauenvereine diese Forderung erheben.

Abg. Wollstein (Soz.): Die Frauen hier ausschließen zu wollen, würde das Kennzeichen eines sozialpolitischen Japses sein. (Sehr wahr! links.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt. Mit den Konservativen und dem Zentrum stimmt auch ein Teil der Nationalliberalen dagegen.

§ 186 setzt fest, daß die Vertrauensmänner schriftlich nach den Grundgesetzen der Verhältniswahl gewählt werden.

## Abg. Schmidt-Berlin (Soz.)

begündet einen Antrag Albrecht auf Ersetzung des Wortes „schriftlich“ durch „in gemeinsamer Wahl“ und betont, daß die angeblich dieser Bestimmung entgegenstehenden technischen Schwierigkeiten sehr wohl überwindbar sind.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

§ 187 bestimmt als rechtsprechende Behörden in höherer Instanz die Sozialgerichte und das Oberlandesgericht. Der Geschäftsgang soll durch tarifliche Verordnungen mit Zustimmung des Bundesrats geregelt werden.

## Abg. Schmidt-Berlin (Soz.)

Wir beantragen, den Paragraphen so zu fassen: „Rechtsprechende Behörden sind die vom Bundesrat dazu bestimmten Oberberufungsämter und das Reichsversicherungsamt, die auf Grund der Reichsversicherungsordnung errichtet sind.“ Unser Antrag bezieht sich auf die Erhebung der Sozialversicherung der Arbeiter an die durch die Reichsversicherungsordnung geschaffene Organisation. Die Weiterleitung des Reichsversicherungsamtes kann gegen unseren Antrag nicht ins Feld geführt werden, da durch die Reichsversicherungsordnung eine sehr starkte Entlastung des Reichs-

versicherungsamtes herbeigeführt wird. In der Begründung der Vorlage selbst wird angegeben, daß sein Bedenken gegen die Angliederung der Sozialgerichte an die Oberberufungsämter vorliegt. Um so verständlicher ist es, daß sich jetzt die Regierungsvorlage zu entscheiden dagegen erkläre. In der Kommission war eine beträchtliche Mehrheit für die Angliederung, und es ist doch kaum zu fänden, daß die Regierung an dieser Frage die Vorlage scheitern lassen wird. Unser Antrag bezieht sich auf die Ersetzung des Wortes „Einfachheit und Einseitigkeit.“ (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

## Ministerialdirektor Caspar

bezeichnet den sozialdemokratischen Antrag als unannehmbar. Seine Annahme würde das Zustandekommen der Vorlage gefährden.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Bei § 198 wird nach Befürwortung durch den Abg. Dr. Vollhoff (Sp.) ein Antrag Schütz angenommen, der die Instanz, die die Angeklagten nach einer rentennachsuchenden Person ordnen, zur Feststellung verpflichtet, ob der Betreffende als Arbeiter anzusehen ist. Diese Fassung soll verhandelt werden, daß jemand zwischen der Angeklagten- und der Arbeiterversicherung hin- und hergeschoben wird.

Abg. Dr. Vollhoff (Sp.) beantragt Einfügung eines § 243 a: Ein Versicherter, der zum Vertreter im Verwaltungsrat oder zum Beisitzer im Oberschiedsgericht ist, gewählt ist, kann während der Dauer seines Amtes nur auf einen wichtigen Grund vom Arbeitgeber entlassen werden.“ Die Bestimmungen der vorausgehenden Paragraphen, die den Arbeitgebern unter Androhung von Geldstrafe oder Haft Vermeidung ihrer Angeklagten in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit unterlagen, genügen nicht. Es kann werden die Arbeitgeber nicht sein, die ehrenamtliche Tätigkeit als Entlassungsgrund anzugeben. Darum beantragen wir eben, daß die Kündigung nur aus einem wichtigen Grund erfolgen kann.

Abg. Dr. Stresemann (natl.) bekämpft den Antrag, der nur ein Antrag für die Unternehmer sein würde, möglichst die ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Angeklagten zu verhindern. Die Bestimmungen der §§ 242 und 243 seien genügend.

## Abg. Due (Soz.)

Alle Bedenken würden beseitigt sein, wenn man allen den Privatangeklagten, die nicht gewählt sind, das Zurücklegen gebietet würde. Der vom Abg. Vollhoff begründete Antrag wiederum einen von uns in der Kommission gestellten Antrag. Seine Annahme würde immerhin einen gewissen Schutz der Privatangeklagten bedeuten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Vollhoff wird abgelehnt.

Nach § 202 müssen Zuschußklassen (Fabriklassen, Werftenklassen usw.) nur für die nach diesem Gesetz Versicherten errichtet sein, die der Teil des Vermögens für die Angeklagtenversicherung muß ausschließen und besonders verwaltet werden.

## Abg. Sacke (Soz.)

beantragt, hinzuzufügen: „durch eigene Kassenorgane“, um eine Vermeidung der in den betreffenden Klassen versicherten Arbeiter zu verhindern, nicht aber, nachdem auf Anregung des Abg. Dr. Vollhoff (Sp.) Ministerialdirektor Caspar eine betreffende Erklärung abgegeben hat, den Antrag zurück.

Nach § 207 a müssen die zugelassenen Ersatzklassen den Vorschriften bestimmter Paragraphen des Gesetzes genügen.

## Abg. Emmel (Soz.)

begündet einen Antrag Albrecht auf Ausdehnung der Zahl der Vorstände, denen die Ersatzklassen zu unterliegen haben. Besonders notwendig ist es, daß den Ersatzklassen auch die Befolgung der Vorschriften in der Vorlage über den Rentenzuschuß und über den Zuschuß des Rentenanfragers zur Pflicht gemacht wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind

Gegner des ganzen Instituts der Ersatzklassen, weil dieselben vielfach dazu gebraucht werden, die Angeklagten aus ihren Berufsorganisationen herauszuführen. Ich erinnere an das Vorgehen der „Guten Hoffnungen“ gegen die Reichsversicherungs-Vereinigung und des Bundes technisch-industrieller Beamter. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt.

Nach § 270 müssen die Beiträge der Arbeitgeber an den Ersatzklassen mindestens den reichsgesetzlichen Arbeitgeberbeiträgen gleichkommen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.) beantragt, hinzuzufügen, „und sofern die Beiträge der Arbeitgeber höher sind, diesen.“ Ministerialdirektor Caspar wendet sich gegen diesen Antrag, der eine unzulässige Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ersatzklassen bedeute.

Abg. Vollhoff (Sp.) erklärt sich für den Antrag Behrens. Rassen, die zwar dieselben Leistungen, aber nur durch Benutzung der Versicherten zu höheren Beiträgen gewähren, sollten nicht als Ersatzklassen anerkannt werden.

Behrens wird nicht angenommen gegen diese Ausführungen. Wenn das Risiko in einem bestimmten Versicherungsweise größer ist, müssen natürlich auch die Beiträge der Versicherten höher sein, um dieselben Leistungen zu erzielen.

## Abg. Oech (Soz.)

schließt sich den Ausführungen Vollhoffs an und hebt hervor, daß der Antrag Behrens dem Sinne nach in der Kommission von sozialdemokratischer Seite gestellt ist.

## Abg. Schmidt (Soz.)

Der Zweck der Ersatzklassen ist nicht, die Angeklagten an den Betrieb zu fesseln. Sie haben daher ein gewisses Interesse an möglichst hohen Leistungen und sind in der Lage, die dazu nötige höhere Beitragsleistung allein den Angeklagten aufzuerlegen. Die Annahme des Antrags Behrens würde hier eine gewisse Befreiung schaffen, da dann nicht mehr die Unternehmer einseitig die Beiträge der Angeklagten erhöhen können, sondern auch selbst die höheren Leistungen mit aufbringen müssen.

Ministerialdirektor Caspar bekämpft nochmals den Antrag, der die Arbeitgeber zu sehr belaste.

Abg. Heißner (J.): Ersatzklassen, die das notwendige Plus auf die Angeklagten abwälzen wollen, sollten überhaupt nicht zugelassen werden. Eine solche Bestimmung sollte bis zur dritten Beratung formuliert werden.

## Abg. Oech (Soz.)

Wir nehmen schon besser gleich den Antrag Behrens an, sonst souffiert die Regierung inzwischen den Reichsversicherungsämtern wieder ihre Bedenken und es kommt wieder irgend ein Antrag Schütz. (Heiterkeit.)

Der Antrag Behrens wird hierauf angenommen.

Nach § 279 können die Unterstellungen von Anknüpfungsvorteilen oder Klassen an Privatangeklagte um den Betrag der Unterstellungen auf Grund dieses Gesetzes geführt werden.

Nach dem Absatz 2, dessen Streichung ein Antrag Albrecht beantragt, muß die Ermächtigung mindestens in demselben Verhältnis erfolgen, wie die Kürzung der Beiträge auf Grund der Reichsversicherungsordnung. Absatz 2 läßt eine Reihe von Bestimmungen über die Zuschußklassen auch für die Anknüpfungsvorteile gelten, u. a. die Bestimmung, wonach bei einem Versicherungsfalle innerhalb der ersten 10 Jahre die Reichsversicherungsanstalt einen Zuschuß in Höhe der Nettbeiträge gewährt.

Abg. Vogel (natl.) begründet einen Antrag, diesen Zuschuß ohne zeitliche Beschränkung zu lassen, wenn vor Erfüllung der reichsgesetzlichen Wartezeit ein Versicherungsfall eintritt. Nur durch eine Zustimmung sei dieser von der Kommission in erster Beratung angenommen. (Zurückweisung des Antrags, dessen Annahme das Gesetz gefährden wird.)

## Abg. Sacke (Soz.)

Hinzu dem Antrag zu und bittet dringend um Annahme des Antrags auf Streichung des Absatzes 2. Wir haben die betreffenden Bestimmungen auch bei der Reichsversicherungsordnung auf das schärfste bekämpft und werden nicht ruhen, bis sie wieder beseitigt sind.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bgg.) bekämpft den Antrag. § 279 wird unter Ablehnung aller Anträge in der Kommission angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird beschlüssig angenommen.

Nächst Sitzung Montag, 2 Uhr. (Petitionen, Rechnungssachen, Afrikaanische Eisenbahnen.)

2 Uhr.

1. Rendant, in Schwarzenbach a. S. 7 Sige, in Regnitzlau 1 Sige, in Wilsdorf 2, in Goltz b. in Dombrecht 2, in Rehan 2, in Gattendorf 5, und in Leopoldsdorf 2.

## Vertragliche Bestätigung.

In Obersteina a. d. Rabe war Genosse Haber zum Bürgermeisterwähler gewählt worden. Die obersachsenische Regierung bestätigte in diesem die Wahl nicht. In der Wahl wurde ein von den vereinigten bürgerlichen Parteien, unter denen der Freikant die Hauptrolle spielt, angestellter Sammelmandat mit rund 700 gegen 574 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Die sozialdemokratischen Stimmen hatten sich noch um 180 gegen die erste Wahl vermehrt.

## Verfahrensprozeß.

Der verantwortliche Redakteur der Weimarer Volkszeitung, Genosse Pfeiffer-Jena, wurde vom dortigen Schöffengericht zu 200 M. Strafe verurteilt. Durch einen Artikel Die gestiebene Debertur, schaltete sich eine Frau Pastor beleidigt. Tropfen durch Zeugen nachgewiesen wurde, daß die Frau Pastor in mehreren Fällen die Strafe ohne Zahlung zu leisten, sich angeeignet hatte, lagte der Anwalt, die Frau Pastor könne das bezageln vergessen haben...

## Eine Gedankenliste für Calargue in Paris.

Die russischen Sozialisten der verschiedenen Richtungen hielten am Dienstag abend eine sehr zahlreiche, erdrückende Zwanziger Versammlung ab. Es sprachen die Genossen Rappoport, Genossin Kossakoff, ein lettischer Redner, der frühere Deputierte der Duma Alexinski, Lunarski und Gladimirov vom Bund. Das Präsidium führten die aus Sibirien zurückgekehrten früheren Deputierten Djeliskow und Spagiu.

Die Tarifbewegung der Dresdener Bädergehilfen.

In einer öffentlichen Baderversammlung im großen Saale der Zentralhalle berichtete der Verbandsbeamte Neumann über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung. Der Tarifvertrag wurde mit einem Begleichschreiben jedem einzelnen noch nicht tarifreuen Bädermeister, sowie der Innung zugestellt. Der Innungsbeamte hat darauf gar keine Antwort gegeben, dafür aber an die unbewilligten Bädermeister ein Mandatschreiben verschickt, worin er den Reichern empfiehlt, den Tarifvertrag nicht zu unterschreiben. Weiter heißt es darin, der Vorstand glaube kaum, daß der Reichern ein Mandat treuer Gehilfen“ zur Seite stehen werde. Unterschrieben ist das Mandatschreiben von Bädermeister Wendt. Neumann legte nun dar, daß nach diesem Schreiben des Innungsbeamten die Gehilfenschaft wohl damit rechnen müsse, daß sich die Innung in keine Verhandlung einläßt. Sehr zweifelhafte Dinge das Mandatschreiben ja nicht, denn es heißt immer: „Wir glauben“, „es dürfte“ usw. Der Hinweis auf den „Stamm treuer Gehilfen“ ist leider richtig, aber dieser „Stamm treuer Gehilfen“ werde kein Kraut auch nicht fressen. Die Bädermeister werden sehen, daß ein großer Teil der Gehilfen bei einem Streik Solidarität üben werde. Dann sind die kämpfenden Gehilfen auch der Solidarität der ganzen Arbeiterschaft sicher. Man solle nicht sagen, der Vorstand der unbewilligten Bädermeister habe nicht gewirkt. Es arbeiten jetzt doch schon ca. 50 Prozent der Gehilfen zu den neuen Bedingungen und das sei ein schöner Erfolg. Weiter mühte aber auch darauf zu bestehen, daß der Vorstand den nicht bewilligten Bäder-

meistern einen ganz empfindlichen Schaden beigebracht hat, selbst wenn die Galstarrigkeit der Unternehmer sie daran hindert, die gerechten Forderungen der Gehilfen zu bewilligen. Diese Galstarrigkeit der Bädermeister beruhe nicht zum wenigsten in der Unkenntnis des Wesens der Tarifverträge. Er habe deshalb die tariffeindlichen Bädermeister zu einer Aussprache über das Wesen der Tarifverträge eingeladen, die am Mittwoch in der Zentralhalle stattfand. Er müsse gestehen, daß er erwartet habe, es würde keiner der eingeladenen erscheinen. Immerhin wären 18 Bädermeister der Einladung gefolgt; vom Innungsbeamten sei niemand gekommen. An Neumanns Vortrag knüpfte sich eine Diskussion und es sei ganz interessant gewesen, zu hören, wie die Bädermeister darüber denken. Es wurde anerkannt, daß der Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Gehilfen und Reichern im Bädergewerbe geradezu wünschenswert sei. Viele gaben unumwunden zu, daß sie bisher eine ganz andere Meinung von einem Tarifvertrag und seinen Wirkungen auf das Bädergewerbe und auf das Verhältnis zwischen Reichern und Gehilfen hatten. Weiter erklärten etwa fünf Bädermeister: „Die Forderungen sind nicht zu hoch, die können wir schon bewilligen, aber wir wollen nicht.“ Als Begründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Herabsetzung der Gehilfen sie davon abhalte, und einer sich durchbilden, daß sie nicht gerne mit Verbandsbeamten verhandeln, sie täten das lieber mit der Innungsbeamten beschäftigten Gehilfen. Er habe diesem Reichern in Erinnerung gerufen, wie der Terrorismus der Reichern gegen die in der Bewegung tätigen Gehilfen es notwendig mache, daß die Agitation in den Händen von Vertrauensleuten liegt, die von den Reichern unabhängig sind. Er habe sie daran erinnert, daß man ihn früher von Nord nach Süd, von Ost nach West gehet habe, wie er und andere monatlang vom Sprechmeister auf dem Arbeiternachweis von der Risse getrieben wurden und sie keine Arbeit erzielten. — Die neue Tarifbewegung habe überdies schon einen Erfolg gehabt. Einer der größten Gegner der Gehilfenbewegung habe die Forderungen bewilligt. Die bisher noch nicht bewilligten Reichern würden schon auch einmal zur Vernunft kommen und einsehen, daß sie viel besser fahren, wenn sie den Wendt, Kuntzsch und Rade die Gehilfenschaft versagen. Er schloß mit einem Appell an die Versammelten, unabhängig in der Agitation und Auffklärungsarbeit tätig zu sein und für die nächste Versammlung die Kollegen mitzubringen. Die Ausführungen Neumanns wurden mit leuchtendem Erfolg aufgenommen.

In der darauf folgenden Debatte ergriff auch ein Bundesgenosse das Wort und redete von der „Ständebewegung“ der Bädergehilfen, die nach seiner Ansicht mehr seien, als ein ungeliebter Arbeiter oder ein „Scholadenmaßel“. Neumann legte ausführlich das Bäderbild dieser Anschauung dar und zeigte, in wessen Interesse der Ständebildel unter den Gehilfen erhalten würde. Was nütze denn dem Reichern alle Ständebewegung, wenn er nicht genug zu essen habe. Es gebe Hunderte von organisierten Arbeiterinnen, die mit keinem Bädergehilfen tauschen wollten. Die Gehilfen, die sich für „Leigantier“ halten, sollten sich einmal die modernen Verbesserung der Firma Gehold und Kufhorn ansehen. Das ist Kunst! Und diese Sachen werden meist von Arbeiterinnen gemacht. Lithographen, Steinbrucher, Bildhauer usw. sind Künstler. Alle diese Künstler unter den Arbeitern könnten mit einer gewissen Verechtigung von Ständebewegung sprechen. Es fällt ihnen aber nicht ein. Sie alle wissen, daß sie genau wie jeder andere der Ausbeutung durch den Kapitalismus unterliegen. — Ein anderer Bundesgenosse deckte sich zu der Behauptung, durch die Lohnbewegung der Bädergehilfen würden die Reichern veranlaßt, sich Maschinen zuzulegen und dafür Gehilfen zu entlassen. Das aber sei der Ruin des ganzen Gewerbes.

## Parteiangelegenheiten.

### Dankagung.

Anlässlich der Vollendung meines 70. Lebensjahres sind mir aus den Partei- und Freundeskreisen von nah und fern, sowie aus den Wirkungskreisen, in die mich das Vertrauen der Parteigenossen gestellt hat, so zahlreiche, schriftliche Beweise treuer Freundschaft, kameradschaftlicher Liebe und Wertschätzung dargebracht, daß es mir schwer fällt, jedem Einzelnen für das Gute und Liebe, das man mir geboten, persönlich zu danken. Man sagt: wenn das Herz voll ist, dem läuft der Mund über. Ich habe die Erfahrung gemacht, wenn mir das Herz voll ist, fehlen mir die Worte.

Ich bitte darum alle diejenigen, denen ich nicht persönlich meinen Dank abladen kann, denselben auf diesem Wege entgegenzunehmen zu wollen.

Berlin den 1. Dezember 1911. W. Pfannkuch.

### Sozialdemokraten in Kranenhausen.

In der am Mittwoch stattgefundenen Generalversammlung der Ortsvereine in Kranenhausen i. B. leitete der dem Zentrum angehörige Stadtvorstand Herr Zimmermeister Wands, als 2. Vorgesand, die Beschlüsse, die sich der 1. Vorsitzende der Rasse, der sozialdemokratische Landtagsabg. Präster, seit 15 Jahren um die geistliche Fortentwicklung der Rasse erworben habe. Seit zehn Jahren ist Präster Vorsitzender; die Mitgliedszahl sei von 9000 auf über 17000 und der Umfang der Rasse von 800 000 M. auf nahezu zwei Millionen Mark gestiegen. Dem Rassenangehörigen Redner gebühre Dank und Anerkennung für sein erfolgreiches Wirken.

Das künftige wesentlich anders wie das bisherige Gesicht der Reichsverbände und sonstiger Gebilde über „Mißstände in sozialdemokratisch geleiteten Ortsvereinen“ denn das dem Sozialdemokraten spendete Lob entwarf dem Rassen ein strammen Parteimannschaft.

### Nach ein sozialdemokratischer Vizepräsident?

Äußerlichen Wählern zufolge beschloß eine Konferenz der Reichsverbände des neuen Landtags in Olshaltingen, das Landtagsbüro genau nach der Stärke der Fraktionen zu besetzen. Danach stellt das Zentrum den ersten Präsidenten, wofür die Partei den Land- und Reichstagsabgeordneten Dr. Nollin bestimmt hat. Zweitstärkste Partei ist die Sozialdemokratie, die den ersten Vizepräsidenten stellen soll, auf den sie auch Anspruch erhebt. Der zweite Vizepräsident fällt dem Völklinger Bloß zu.

### Kommunalwahlen.

In Kugsburg erkantgen unsere Genossen drei weitere Mandate. Die Stimmengahl liegt von 885 im Jahre 1908 auf 1020.

In Lechhausen erhielt die Sozialdemokratie 8 Sige. Bei der Stadtratswahlenwahl in Homburg a. d. Höhe wurde zum ersten Male ein Sozialdemokrat, der Gastwirt Rapputh, mit 433 gegen 410 Bürgerliche Stimmen gewählt.

Große Erfolge haben die Genossen im Wahlkreis Hof bei den Gemeindevahlen errungen. Waren bisher nur 11 Genossen im ganzen Wahlkreis in dem Gemeindeparslamenten tätig, so ist die Zahl der Gemeindevorteiler im November d. J. auf 44 gestiegen. In der Stadt Hof selbst ist die Zahl der Vertreter von 8 auf 6, in Hünau gewonnen wir 6 Mandate, in Hünau 1 beigeordnet, in Baramenschütz 8 Mandate und einen beigeordnet, in Laupertzig





### Verfassungen.

**6. Kreis. Gruppe Rötten.** Mitgliederversammlung vom 28. November. Landtagsabgeordneter Genosse Wirth sprach über den Entwurf der Verfassung. Hieran knüpfte sich eine lange Debatte. Den Vorsitz übernahm Genosse Liebig. Aus dem Ausschuss wurde Genosse Woschler delegiert. Ueber das Organisationsverhältnis entspann sich eine längere Debatte. Die Genossen, die sich beim Schönladerarbeiterstreik durch Ausgeschlossenheit hervorzuheben haben, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Ebenfalls der Wader Zimmermann (Vorwärts), der es bis jetzt nicht für nötig gehalten hat, seinen Lagerverdienst an den Wahllokalen abzugeben. Genosse Lunge gab den Bericht von der Kinderbeschauskommission. Er konstatierte eine ganze Reihe von Fällen, in welchen gegen das Kinderbeschaugesetz verstoßen wurde. Genossin Jentler berichtete über Fälle von Kinderarbeit, sowie über erkrankte Kinderbeschauungen. In allen diesen Fällen hat sich die Kinderbeschaukommission Mühe gegeben, Abhilfe zu schaffen. Ein Genosse kritisierte, daß in den Arbeiterwohnhäusern der Weltfirma Siemens Kinderarbeit in der höchsten Form herrsche. Darnach erfolgte die Neuwahl der Kinderbeschaukommission. Gewählt wurden: Genossinnen Ehrhardt, Kurtz und Jentler sowie der Genosse Woschler. Mit einem Hinweis auf unseren nächsten Theaterabend am ersten Weihnachtstag und der Aufforderung, bei der Wahl beizugehen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Sieg. 1./12.)

**6. Kreis. Bezirk Schmiedeberg.** Zunächst wurde der Bericht aus dem Kreisvorstand entgegengenommen. Die Genossen Schütz und Gilly berichteten aus dem Schmiedeberger Gemeinderat. Darauf ging hervor, daß der Kauf eines Grundstücks zur Erschließung von Wasser für die Gemeindeleitung beschlossen sei. Weiter der Kauf des Grundstücks Wolf zur Herstellung von Wohnräumen. Ferner nahm man Kenntnis von dem abgeänderten Vertrag mit einer Firma, die beabsichtigt, ein Gaswerk für Schmiedeberg und Umgebung auf eigene Rechnung zu errichten. Die Vertreter berichteten auch über einen eingegangenen Antrag, der die dritte Wählerklasse in zwei Klassen teilen will. Dieser wurde dem Verwaltungsausschuss überwiesen. Die Bewerbungsanträge 1 und 2 sind angenommen worden. Hingegen nahm man aber von der Bewerbung mit Karloffeln und Gefäßigen Abstand. Es wurde ferner das Verhalten einiger Gemeinderatsmitglieder bei der Schulratswahl gerügt. Genosse Lutz gab einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Wahlkomitees und der eingegangenen Sammellisten. Genosse Glöbisch wurde als Unterstifter für die Orte Pennerdorf und Seidisdorf gewählt. (Sieg. 1./12.)

**Wahllokal:** Am 4. und 5. Kreis wählende drei Angestellte des Holzarbeiter-Verbandes 80, — W. Ottendorfer, Lungenstein, 1. — R. D. R. H. n.

**Wahllokal:** Für den Wahllokal des 5. Wahlkreises gingen ein: W. Schäferstraße, 6. Rate, 2. — W. Ein Hilfsarbeiter, Volkszeitung, 1. — R. Schafkopffpiel — 31 W. Rag Richter.

### Briefkasten.

H. Sch. Trausau. Das Gedicht finden Sie in dem Parcer Salzer-Buche, das in unserer Volksbuchhandlung zu haben ist.

**Victoria-Salon**  
**Komiker Hartstein u. Ensemble**  
 in der neuen Posse Dienstmann Nr. 48 u. Gr. Novitäten-Programm  
 Anf. 8 Uhr. Sonntag 4 Uhr u. 8 Uhr. Im Tunnel: **Künstler-Ensemble „Noris“**. — Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

**Das Rennen in Dresden macht**  
**Tymians Thalia-Theater**  
 Görlitzer Str. 6. Telefon 4380. Linien 4 und 7  
 Am 1. u. 18. vollst. Programmwechsel. Sonntag von 11-1 Uhr  
 Fideles Frühstücken u. Vorst. (20 u. 30 Pl.). Nachm. 4 Uhr  
 Kl. Pr. ab 8 Uhr Gew. Fr. Donnerstag Damen-Kaffee u. Vorstellung.  
 Sonntags abends 7 1/2 Uhr. — Sonntag 8 Uhr.

## Arbeiter! Vergesst die ausgesperrten Tabakarbeiter nicht!

**Bestellschein**  
 für die Leser der Dresdner Volkszeitg.

Hiermit bestelle ich gegen Nachnahme bei Willibald Wende's Verlag, Berlin W.,  
 die **Wunder der Urwelt** 1 bis 2 Exemplare ein Post-Packet.  
 Genosse Adresse:

**Weihnachts-Angebot für die Leser der Dresdner Volkszeitung!**

# Die Wunder der Urwelt

## und die Entwicklungsgeschichte der Erde.

Nach den Ergebnissen der neuesten Forschungen bearbeitet und herausgegeben von **Gustav A. Ritter**.

In klarer, jedermann verständlicher Sprache zieht hier die Schöpfungsgeschichte von den Urzeiten bis zur Gegenwart an uns vorüber. Wir sehen nicht nur den Erdball selbst entstehen, sondern auch die organische Welt, die auf demselben lebt, Pflanzen sowohl wie Tiere sich von den unvollkommensten organischen Körperchen durch Zeiträume von Jahrtausenden bis zu immer vollkommenen Gestalten entwickeln, bis sie in dem Menschen, als dem höchstorganisierten und vollendetsten Wesen, ihre höchste Schöpfungskraft zeigt. — Was Kopernikus, Kepler, Newton, Kant, Laplace, Alexander v. Humboldt, alle die vielen Forscher als richtig erkannt und zu einem mächtigen Geistesbau zusammengefügt haben, das wird in diesem Buch in grossen Zügen entwickelt.

**Der enorm billige Prämienpreis steht in keinem Verhältnis zu dem inneren und äusseren Wert dieses hervorragenden Werkes**

700 Seiten mit mehr als 500 Original-Illustrationen.  
 Ganzleinen-Prachbd.  
 Lexikon-Format.  
 Das Werk wird zu dem äusserst billigen Preise von nur **3 Mark** an die Leser der Dresdner Volkszeitg. abgegeben.  
 Der Bestellschein ist einzusenden an



**Willibald Wende's Verlag, Berlin W.**  
 Lützowstrasse 31

### Ampfehlenswerte Weihnachts-Bücher!

Jeder Band nur **3 Mark.**

<h4>Schatzkammer.</h4> <p>Eine Auswahl bester Erzählungen und größerer Bruchstücke aus berühmten Romanen und epischen Gedichten der Weltliteratur. Mit vielen Textillustrationen nach Gemälden alter Meister.</p>	<h4>Riesen der Tierwelt.</h4> <p>Jagdbenteuer und Lebensbilder von Dr. H. Jell.                  Den Riesen der Tierwelt, ihrer Beobachtung in der Freiheit und in der Gefangenschaft, ihrem Verhältnis zum Menschengeschlecht und der Erforschung ihres geheimnisvollen Seelenlebens ist dieses Buch gewidmet.</p>
<h4>Aus fernen Welten.</h4> <p>Vollständige Himmelskunde von Bruno S. Bürgel.                  In die Wunderwelt des Sternenhimmels führt dieses Buch und erhebt den von Myriaden Planeten und Sternensystemen überfüllten Nachthimmel mit seinen unermeßlichen Welten.</p>	<h4>Meisterbuch des Humors.</h4> <p>Herausgegeben von Norbert Jell.                  Einendloses Repertoire von Lustigkeit und Hebermut aus den besten humoristischen Werken aller neuer Zeit: Proben des Humors von Busch, Raabe, Ernst, Holzogen, Thoma u.a.</p>
<h4>Meisterbuch der Erzählungen.</h4> <p>Von R. Erding.                  Die hervorragendsten Erzähler: Dickens, Deibel, Tolstoi, Björnson, Kipling, Bocaccio, Peter Kolosger und Clara Stebig sind hier vertreten.</p>	<h4>Die Welt der Pflanze.</h4> <p>Ein vollständige Botanik von R. S. Franck.                  Tiefes Wissen und liebevolle Beobachtung haben sich mit dem Reize poetischer Darstellungsart vereinigt, um dieses vollständige Werk zu schaffen. Die wundervollen Geheimnisse des Wachstums, des Lebens, der Intelligenz und der Sprache der Pflanze werden uns kundtun, und die Wunder der Natur gezeigt, die uns im Getreidehalm einen im Verhältnis höheren und kunstvoller konstruierten Bau als den Eiffelturm erkennen lassen.</p>

Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung, Dresden, Gr. Zwingerstraße 14.

## Damen

und Herren  
 kaufen solid und billig

## Stolen

und andere Pelzwaren jeder Art, Mäntel, Kostüme, Blusen (Anfertigung nach Maß), Stoffe, Wäsche, Betten, Gardinen usw. — auf Wunsch

Teilzahlungen  
 erlaubt — in dem Verlangengeschäft von

**H. Loos, Lilieng. 13!**  
 Nähe Postl. — Rein Laden.  
 Tel. 18412.

**Frauen!**  
 gebrauchen bei Störungen  
**Perioden-Pulver**  
 Schachtel 2.50 Mk. Prospekt gratis.  
 Frau Hennig, Am See 24.

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Niederorbitz u. Umg.** zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich mein **Fleisch- u. Wurst-Verkaufs-Geschäft** von **Waldbrunn Straße 10** nach **Gartenhof Schumann, Hof Antz,** verlegt habe.  
 Um ferneres Wohlmögen bitten, gezeichnet  
**Hochachtungsvoll L. Döring.**  
 2. Gehöft:  
**Obergorbitz-Weidental.**

**Kinderfahrrad (Mädchen)**  
 sofort zu verkaufen.  
 Wannen, Göschiger Str. 20, II. r.  
 Künstl. Gelegenh. 4 Reformbeist.  
 Bülla u. verl. Weitenrter, 21. 8. v.

Am Freitag abend 6 Uhr entritt uns der unerlöbliche Tod unsere umgießliche Tochter, Schwester und Enkelin **Erna.**  
 Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an **R. Garsauge u. Frau u. Kindern und Familie Dietrich.**  
 Die Beerdigung findet am Dienstag nachm. 3 Uhr von der Halle des Cottner Friedhofes aus statt.

Sonnabend den 2. Dezbr. früh 9<sup>1/2</sup> Uhr, verstarb sanft und ruhig nach langem und schwerem Leiden der Schwachsünder **Hermann Degenkolbe.**  
 Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 3 Uhr von der Halle des Cottner Friedhofes aus statt.  
 Dresden, den 4. Dez. 1911.  
**Hermann Kittel u. Frau.**

## Rabenau u. U.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, **Wahren Jakob, Freie Stunden** und **familiäre Partien- und Fachliteratur** nimmt entgegen

**Hermann Nietzsche**  
 Rabenau, Bismarckstraße 24e.

**Annahme von Inseraten und Druckaufträgen.**  
 Alle einen Teil unserer Auflage für **Waldbrunn** (Kortadt) und **Kobitz**, liegt der heutige Nummer ein Prospekt der Firma **Georg Schwerdtner, Kolonialwarenhaus, Freiberger Straße 8, bei,** worauf wir hiermit besonders aufmerksam machen.

Das am 2. Dezember erfolgte Hinscheiden unseres innigstgeliebten Sohnes **Max Paul** zeigt tiefbetäubt und um stilles Weile bitten hierdurch an **Familie Meinert, Trautenberge.**  
 Die Beerdigung findet Dienstag den 5. Dezember, nachm. 3 Uhr, auf dem Fischener Friedhof statt.

## Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Dresden und Umg.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß unser Kollege **Max Paul Meinert** Metallarbeiter am 2. Dezember verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am 5. Dezember, nachm. 3 Uhr, auf dem Fischener Friedhof statt.  
 Zahlreiche Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Nach kurzem schwerem Leiden verschied heute früh 5<sup>1/2</sup> Uhr an den Folgen einer Operation unsere treuhergönde, gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante **Frau Ida Bernhardt geb. Dathe** im 42. Lebensjahre. Am tiefsten Schmerze Dresden, Meyer Straße 6, den 2. Dezember 1911.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**  
 Die Beerdigung findet Dienstag den 5. Dez., nachm. 3<sup>1/2</sup> Uhr, von der Paracircionshalle des St. Pauli-Friedhofes aus statt.

## Schloller-Krankenkasse.

Den Mitgliedern hierdurch zur Nachricht, daß unser langjähriger Vorsitzender, Herr **Richard Hennig** Sonnabend den 2. Dezember verstorben ist. Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des äußeren Friedrichstädter Friedhofes aus statt. Ehren wir seine unserer Kasse geleisteten Dienste durch zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte.  
 Alle die Kasse betreffenden An- und Abmeldungen haben bis auf weiteres noch Friedrichstraße 57, II., zu erfolgen.  
**Der Vorstand.**

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser herzenguter treuhergönder Gatte und Vater **Herr Richard Hennig** Sonnabend nachmittags 4<sup>1/2</sup> Uhr nach kurzem Krankenlager sanft verschieden ist. Im tiefsten Schmerze **Die trauernde Witwe Anna Hennig nebst Kindern.**  
 Dresden, Friedrichstraße 57, II.  
 Die Beerdigung findet Dienstag den 5. Dezember, nachm. 8 Uhr, auf dem äußeren Friedrichstädter evangel. Friedhof statt.



Bezugsquellen-Verzeichnis.

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Erscheint 3mal wöchentlich.



Alkoholische Getränke, Apotheke, Dresdner Hofbrauhaus, Reisewitzer Biere tip-top!

Butter, Eier, Cacao, Schokolade, Tee, Cigarettenfabriken, Rauch, Per-Ry Cigaretten, Kosara-Cigaretten, Claren u. Tabake

See-Automat, Neu Ecke Seestrate, Badeanstalt, Bäder u. Konditorei, Dresdner Brotfabrik, Oskar Neubert, Aug. Kretschmer

Dresden-Plaus, Dresden-Strieson, Sriesner Möbelhaus, EGHau, Bregian Nchl., Fahrräder, Bregisitz, Coschitz-Bittersee, Goswig, Cosobau, Cosemannsdorf, Döhlen

Pietat. Helmkehr, Oscar Bialla, National-Brauerei, Polnisches Brauhaus, Döhlen, Brauerei Döhlen

Eberl-Brau, Döhlen, Kaufhaus Fortuna, Dampf-Molkerei Deuben, Hermann Zimmermann

Wägen, Kleiderstoffe, Döhlen, Döhlen, Döhlen, Döhlen, Döhlen

Gerling & Rockstroh, Max Schweriner, Straßburger Hut-Bazar, F. Kaiser Gas, Kohlen, Koks, Holz, Hager, Hager, Hager

Bauer & Haase, H. H. Fischer, Max Heller, Max Wohland, N. Rindeweg, Gerdes, G. Henze, Kucz. Wolf u. Wolf, Gottlieb Köhler, Lederhandlungen, Leipziger, Manufacturen, M. Güter, Oswald Köhler, Masch-Strickereien, Margarine

Möbelmagazine, Moll, Ed. Wiegand, Hahn, Pestel, G. Rosenmüller, Fr. Krauthe, Papierfabr., Seifert, Putz u. Modernen, Photographen

M. Warzecha, Hüts, Mützen, Pelzw., M. Gentgen, Kötzenbroda, Kesseldorf, H. Schneider, Kitz, Kitz, Kitz

Grumbach, Hainberg, Kennitz, Kötzenbroda, Kesseldorf, H. Schneider, Kitz, Kitz, Kitz

Kötzenbroda, Kesseldorf, H. Schneider, Kitz, Kitz, Kitz

Kötzenbroda, Kesseldorf, H. Schneider, Kitz, Kitz, Kitz

Kötzenbroda, Kesseldorf, H. Schneider, Kitz, Kitz, Kitz

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

Für das Bezugsquellen-Verzeichnis verantwortlich: Zentralverlag für das Bezugsquellen-Verzeichnis Josef Wichterich, Leipzig.

# Zur Stollen-Bäckerei

und zum Bezug von Stollen sind nur tariftreue Firmen, d. h. solche, wo die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind, zu benutzen. Den Hausfrauen wird in ihrem eigenen Interesse geraten, sich danach richten zu wollen. Die Forderungen der Gehilfen sind bewilligt in nachfolgenden Bäckereien:

## Innere Altstadt

**Schneider, M.**, Kleine Blumenische Gasse 60  
**Mannewitz, H. R.**, Am See 17  
**Klinger, R.**, Rosenstraße 92  
**Konsumverein Vorwärts**, Rosenstraße 90  
**Gieckhorn**, Fischhofplatz  
**Hubrig**, Dohngässchenstraße 4  
**Müller**, Bartholomäusstraße 16  
**Bergmann**, Reichsauer Straße 18 (Strehlen)  
**Hesse**, Ratsmitrstraße 21  
**Ulbrich**, Ratsmitrstraße 8  
**Wüstner**, Güterbahnhofstraße 8  
**Aleithe**, Poliergasse 20.

## Johannstadt

**Donat, M.**, Blumenstraße 20  
**Bürger**, Lepigargenstraße 4  
**Trinks**, Gerolstraße 31 (Café)  
**Mietzsch, Br.**, Pflanziger Straße 9  
**Dürkop**, Pflanziger Straße 60

## Friedrichstadt

**Fabsch**, Schäferstraße 58  
**Küttner, E.**, Gamsbrunnstraße 7  
**Schreyer**, Schäferstraße 33

## Vorstadt Striesen

**Irmer**, Lichthammerstraße 1  
**Brotfabrik Wilhelm**, Quittenstraße  
**Pinkert**, Lichthammerstraße 28  
**Kellner**, Quittenstraße 1a  
**Gähne**, Augustburger Straße 92

## Dresden-Neustadt

**Dittrich**, Dachsstraße 61  
**Bomsdorf, M.**, Trachauer Straße 9  
**Börner**, Döberstraße 18  
**Kretschmar, O.**, Fritz-Reuter-Straße 5  
**Kirchhof, O.**, Heiligsandstraße 12  
**Trapp**, Johann-Reiter-Straße 14  
**Jänke**, Erlanstraße 15  
**Brotfabrik Henker**, Gehestraße 17  
**Illgen**, Bürgerstraße 10  
**Seidel**, Weismeyer Straße 9  
**Konsumverein Pleschen**  
**Borrmann**, Dachsstraße 37  
**Seidel**, Friedensstraße 18 (R. G.)  
**Hampel**, Döberstraße 13  
**Thierfelder**, Klaustraße 68  
**Gerlach**, Döberstraße 8  
**Pferschel**, Döberstraße 55  
**Reinholz**, Rahnigasse 5  
**Heske**, Hans-Sachs-Straße 82 (R. G.)  
**Engemann**, Döberstraße 83 (R. G.)  
**Gocht**, Obergraben 7  
**Bischof**, Alt-Trachau 8  
**Riedel**, Uebigau, Reibelfstraße 16  
**Schüller**, Trachenberger Straße 72  
**Schanze**, Döberstraße 42  
**Kranke**, Trachenberger Straße 49  
**Köhler**, Döberstraße 8  
**Selfert**, Rohmstraße 5  
**Herrnsdorf** (Café), Döberstraße 18  
**Kunze**, Radiger Straße 7.

## Uebigau - Mickten

**Otto Erdkner**, Ringplatz  
**Alb. Kunze**, Radiger Straße 18  
**R. Hengst**, Jungstraße  
**H. Scheibe**, Rößmstraße 18  
**Klepp**, Ventarstraße 8  
**Markus**, Mantelstraße 7

## Vorstadt Löbtau

**Protze, E.**, Freiberger Straße 182  
**Elschner**, Ebnauer Straße 92  
**Merkel, A.**, Kesselsdorfer Straße 80  
**Kosche H.**, Kesselsdorfer Straße 42  
**Petzold, H.**, Kesselsdorfer Straße 83  
**Wachs**, Kesselsdorfer Straße 87  
**Schöne, E.**, Kesselsdorfer Straße 45  
**Bär**, Kesselsdorfer Straße 88  
**Ehrlich, E.**, Kesselsdorfer Straße 86  
**Tutschko**, Tharandter Straße 84  
**Mahner**, Tharandter Straße 87  
**Güntzel**, Tharandter Straße 82  
**Friedrich**, Gohliser Straße 26  
**Böttner**, Burgstraße 11  
**Seidel**, Krumbergstraße 11  
**Lössner**, Saalbauener Straße 50  
**Kuschke**, Saalbauener Straße 9

**Schöne, O.**, Bünaustraße 45  
**Schade**, Bünaustraße 50 (R. G.)  
**Herzig**, Reifewigerstraße 79  
**Kühne, Emil**, Reifewigerstraße 74  
**Kühn**, Reifewigerstraße 22  
**Neumer**, Frankebergstraße 20  
**Zachoch**, Poststraße 14  
**Barth**, Madenauer Straße 20  
**Lange**, Riechstraße 18  
**Voßländer**, Altfrankener Straße 5  
**Gatsche**, Gohliser Straße 9  
**Richter**, Gohliserstraße 19  
**Richter**, Dienersstraße 2.  
**O. Putzke**, Wernersstraße 44  
**Herdler**, Wernersstraße 39

## Vorstadt Cotta

**Hartmann, A.**, Pennricher Straße 88  
**Gnauck**, Döberstraße 32  
**Straube, R.**, Klopffußstraße 29  
**Fischer, Fr.**, Neuenwiger Straße 19  
**Fleischer, G.**, Gohlischer Straße 42  
**Morgenstern, H.**, Zandbergstraße 15  
**Köckritz**, Kronprinzstraße 8  
**Dressel**, Kronprinzstraße 16  
**Mellik**, Kronprinzstraße 20  
**Baekofen**, Kronprinzstraße 13  
**Segelhorst**, Steinbacher Straße 47  
**Ludwig**, Barthaer Straße 1  
**Knöfel**, Weidentalsstraße 50  
**Georgi**, Barthaer Straße 20 (R. G.)  
**Teichmann**, Barthaer Straße 38  
**Anke**, Grülparger Straße 22 (R. G.)  
**Petermann**, Gohlischer Straße 80  
**Ludwig**, Klopffußstraße 43  
**Deistler**, Odenwiger Straße 8  
**Goldschmidt**, Döberstraße 1  
**Schadlich**, Weidentalsstraße 85

**Zinke, Hellerau**  
**Stegmann**, Klotzsche, Georgstraße 24  
**Wirth**, Hauptstraße  
**Börner**, Königsbrücker Straße  
**Colditz, Rähnitz**  
**Hense, Lausa-Gommlitz**  
**Kunath**, Radebeul, Leipziger Straße 107  
**Horn**, Radebeul, Serfstraße Nr. 5  
**Schnert, Radebeul**, Rüdigersbrücker Straße  
**P. Schönhals, Ober-Kötzschenbroda**  
**Beger**, Lindenau-Id. Lehenbrda, Ringstraße 88  
**Grützner, Zitzschewitz**  
**M. Brandt, Zitzschewitz**, Reigner Straße 7  
**Krumblegel, Loschwitz**, Weiber Kirchstr. 7  
**M. Schlike, Neu-Rochwitz**  
**Seehay, Lockwitz**, Schulstraße 118  
**O. Lange, Lockwitz**, Niederfedliner Str. 184  
**Vörler, Birke, Grosszschachwitz**  
**Walter, Mockritz, Dorststraße 7**  
**Hoffmann, Mockritz, Alderstraße 7**  
**Otto, Mockritz, Pehalogystraße 89**  
**Hoffmann, Kaitz, Neuenwiger Straße 28**  
**Lullack, Briesnitz, Weistropfer Straße 18**  
**T. Lehmann, Briesnitz, Barthaer Straße 88**  
**Bergelt, Kemnitz, Schönergrundstraße 24**  
**Rotho, Stetsch, Kemnitzer Straße**  
**Lebensmittel-Vertriebsgesellschaft**  
**zu Leuben, Bahnhofstraße 21**  
**Julius, Leutewitz, Odenwiger Straße 7**  
**Kaltschmidt, Leutewitz, Schulstraße 16**  
**Klotzsche, Leutewitz, Dorststraße 10**  
**Hamann, Seidnitz, Winterbergstraße 68**  
**Frenzel, Laubegast, Bismarckstraße 10**  
**Emil Geibhardt, Nickern**  
**Franz Möbert, Groß-Zschachwitz,**  
**Karolastraße 7**  
**Ew. Naumann, Schullwitz**  
**Paul Claus, Zwenlaren, Neublitzer Straße**

## Gorbitz-Neunimptsch

Sämtliche acht Bäckereien.  
**Ni derhäslich, Gittersee, Coschütz.**  
**Birkigt, Kleinnaundorf, Grossburgk.**  
**Zschiedge, Dölzchen u. Wilmsdorf:**  
**Sämtliche 35 Bäckereien**

## Potschappel

**Schumann, M.**, Dresdner Straße  
**Böhm, Fr.**, Tharandter Straße 38  
**Janusch, G.**, Bismarckplatz 4

**Preußke**, Goldsüger Straße 16 (R. G.)  
**Arnold**, Goldsüger Straße 38 (R. G.)  
**Henker**, Tharandter Straße 82  
**Bäckverein Potschappel**  
**Pfäler**, Burgwärtstraße 8  
**Chemnitz**, Dresdner Straße 59  
**Fosselt**, Dresdner Straße  
**Eichner**, Goldsüger Straße  
**Richter**, Schulstraße 2  
**Ehrhardt**, Goldsüger Straße 1

## Deuben

**Schmidt, J.**, Krönertstraße 1  
**Zeun, A.**, Voientalsstraße 10  
**Donat**, Voientalsstraße  
**Böhmert, Br.**, Bahnhofsstraße 2  
**Petrik, Tr.**, Dresdner Straße 27 (R. G.)  
**Beyer, Br.**, Dresdner Straße 70  
**Hartmann**, Krönertstr. 10  
**Moranz**, Voientalsstraße 1  
**Schöne**, Voientalsstraße (R. G.)  
**Säring**, Söbstraße  
**Jä er**, Schulstraße 1  
**Thüm**, Albertstraße (R. G.)  
**Ehrhardt, F.**, An der Weisberg  
**Padelit, R.**, Wittelsstraße 19  
**Lange, H.**, Jägerstraße 5  
**Hainsberg:** Wader, Söbstraße  
**Witter**, Dresdner Straße  
**Eckersdorf:** Fricke  
**Cosmannsdorf:** Feder, Kolonie  
**Denmig**, Nr. 7  
**Ithemet**, Nr. 70 (R. G.)  
**Datze**

## Döhlen

**Röhle, M.**, Hauptstraße  
**Graf**, Oberdöhlen  
**Knötisch**, Dresdner Straße 77c  
**Müller**, Bahnhofsstraße 100  
**Konsumverein Potschappel u. Umg.**  
**Damm**, Söbstraße 108

## Zauckerode: Erläuterung

**Zauckerode:** Erläuterung (R. G.)  
**Niederpesterwitz:** Guhn  
**Oberpesterwitz:** Guhn  
**Cunnersdorf:** Rind, Nr. 7  
**Bannowitz:** Emil Eulenberg  
**Paul Wagner**  
**Nöthnitz:** Paul Gänbel  
**Pappritz:** Schräger  
**Söbigen:** Schulze  
**Meußitz:** Thünert, G.  
**Deichner**  
**Wilschdorf:** Schmert  
**Lausa-Gommlitz:** Senje, Moritzburger Str.  
**Wilschdorf:** Barthel  
**Gohlis-Coschade:** Tennert  
**Groß-Luga:** Müller  
**Dohna:** Schäfer, Königsstraße 88f  
**Mücher**, Königsstraße 58  
**Lockwitz:** Lange, Niederfedliner Straße 134  
**Wurgwitz:** Müller

## Heidenau

**Klotzsche**, Karolastraße 9  
**Pollak**, Albertstraße 1 (R. G.)  
**Lehmann**, Wilschstraße 5  
**Schur**, Hauptstraße 10 (R. G.)  
**Fiedler**, Erich-Darlanstraße 8

## Mügel

**Falle**, Bismarckstraße 29  
**Pinkert**, Dresdner Straße 14  
**Hayne**, Bahnhofsstraße 30  
**Wiegand**, Königsstraße 63  
**Wolf**, Güterbahnhofsstraße 24  
**Schmidt**, Königsstraße 2 (R. G.)  
**Lungwitz**, Ferdinandstraße 8 (R. G.)  
**Brand**, Bismarckstraße 6 (R. G.)  
**Hauschild**, Kreuzstraße 7

## Mügel-Gommern: Kunze, Lüttdorffstr. 51

Wegen Tarifbruchs gestrichen: Schlösser-Bannowitz, Umlauf-Torna, Häberlein-Zauckerode.

**Kauft keine Backwaren aus unbewilligten Bäckereien! Zeigt Euch als Wirtschaftsfreunde, die auch den Bäckern helfen zu einem menschlichen Leben verhelfen wollen!**  
**Die Vorkommission der Dresdner Bäckergesellen.**

## Spezialistin für leidende Damen!

Anterfingung aller Arten quillender Leibbinden, Brustbänder, Vorkallbandagen, elastischer Gummistrümpfe für Krampf- aberbeine, angenehm im Tragen, Ausleihung - Aorkett, Geradhalter von Nr. 2.50 an, liefert unter Garantie des guten Passens zu wirklich billigen Preisen

**Sophie Fleischner, Bandagistin**  
 Dresden-A., Scheffelstr. 22, I. Et. Kein Laden.

## Kokos-Flocken

Selbmanns Filialen

Herren- und Damenwäsche, Strümpfe, gr. Schürzen, Woll- Vabartitel, bittige, Marschallstr. 21, P. Gontel.

## Unsere Leser

**Französische Revolution**

**Illustriertes Novellenbuch neuer deutscher Meister**

zum billigen Ausnahmepreis von 3.50 M. in unterer Volksbuch, han-lun, Dresden, Große Zwinger-erbhüllig Plad.

machen wir darauf aufmerksam, daß unsere diesjährigen Weihnachtsbücher solange der Vorrat reicht

Prachtwerk m. 250 Origin bildern, Kunstdr., m. Text

Stattlicher Ganzleinenband von 532 Seiten

## Sohlenleder, Ausschnitt

**Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel**  
 Leisten, größte Auswahl, neueste Formen, Gummi-Abdrück, Gummifitt und Lederfitt.

**Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingerstr. 17**  
 gegenüb. Volkshaus

**Möbel** in echt und imitiert, direkt aus Wilsdruff  
**Genoßen Hildebrand**  
 Eigene Lebererwerkstätten

Kobitzsch & Wilschdorf-Kunze

Die Dresdner Bäckergesellen, in den Mühen und auf den Wegen, die zu einem menschl. Leben führen, sind wir dankbar für die Unterstützung der Vorkommission der Dresdner Bäckergesellen.



Schließlich grüße ich die Herren, die mich...

Michael Kohlhaas

Erzählung von Heinrich von Kleist
Als man den Junker ein Pferd angelegt und einen...

Der Landvogt, der wohl einsehend, daß eine Resolution...

Kohlhaas, der du dich gefandt zu sein begibst, des...

Es ist ein großer Fehler, die Handlung bei...

Das Bild der Einwohner von Weipzig wollte, daß...

Unter diesen Umständen übernahm der Pastor Martin...

Kohlhaas, der du dich gefandt zu sein begibst, des...

Es ist ein großer Fehler, die Handlung bei...

Umichau

Theater
Im Schauspielhaus wurde die Sache nach...

Es ist ein großer Fehler, die Handlung bei...

Es ist ein großer Fehler, die Handlung bei...

Wildebe Rünge

„Stätten der Arbeit.“ Unter diesen...

Es ist ein großer Fehler, die Handlung bei...